

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.)



Erfurt

ist schön deutsch – und schön
deutsch soll Erfurt bleiben!

Das politische Erscheinungs-
bild der Partei „Alternative
für Deutschland“ (AfD)
in Thüringen

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

LANDESBÜRO
THÜRINGEN

„Erfurt ist schön
deutsch – und
schön deutsch soll
Erfurt bleiben!“¹

Das politische Erscheinungsbild der Partei
„Alternative für Deutschland“ (AfD)
in Thüringen



Inhalt

- 04 Geleitwort
Angegriffene Demokratie
- 06 Einleitung
**Das politische Erscheinungsbild der Partei
»Alternative für Deutschland« (AfD) in Thüringen**
- 08 **Begriffe und Forschungsstand**
- 13 **Auswertung und Analyse der AfD-Wahlergebnisse**
 - Bundestagswahl 2013 13
 - Europawahl 2014 14
 - Kommunalwahl 2014 15
 - Landtagswahl 2014 16
- 18 **Organisationsstruktur und politische Positionen
der AfD Thüringen**
 - Organisationsstruktur 19
 - Politische Positionen 20
 - Landespolitik 20
 - Kommunalpolitik 22

Politische Positionierungen	23
von AfD-Mandatsträgern	
Björn Höcke	23
Weitere Mandatsträger im Landtag	30
Die (Ab-)Spaltung	33
Ehemalige Mitglieder	35
Landesvorstand	36
Kreisverbände	37

46	Politische Themenagenda	
	Familie/Gender Mainstreaming	46
	Zuwanderung/Asyl/Kriminalität	48
	Pegida	50
	Buchenwald/Geschichtspolitik	54
	Überschneidungen mit Themen der Neuen Rechten	57

59	Ausblick
-----------	-----------------

64	Quellen
-----------	----------------

84	Die Autoren
-----------	--------------------

Angegriffene Demokratie

In einer Demokratie muss es möglich sein, jederzeit öffentlich die eigene Meinung sagen zu können, ohne Angst vor Repressalien oder gar körperlicher Gewalt haben zu müssen – auch und gerade, wenn sie im Widerspruch zu anderen Meinungen steht. Eigentlich ein einfacher Merksatz, genau wie die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Einzelnen gilt – immer.

Dass ich diese Selbstverständlichkeit hier voranstelle, soll eins deutlich machen: Es gibt Thüringer_innen, die diese Grundsätze nicht teilen. Der Thüringen Monitor zeigt uns dies Jahr für Jahr in statistischen Zahlen, allein 2014 wird circa 17 Prozent der Thüringer Bevölkerung eine rechtsextreme Einstellung zugerechnet. Einer Einstellung, die unsere demokratischen Werte und Normen hinterfragt oder sogar negiert. Diesen gleichbleibend hohen Anteil von soziologisch gemessen demokratiefeindlichen Einstellungen sehen wir zunehmend auf unseren Straßen. Handelte es sich noch bis vor kurzem eher um anonyme Zahlen, zeigen sich Anhänger rechtspopulistischer Anschauungen jetzt.

Noch nie haben wir in Thüringen vergleichbar viele rechtsextreme oder fremdenfeindliche Demonstrationen erlebt wie in diesem Jahr.

Tausende protestieren gegen Flüchtlinge – inzwischen nicht mehr nur in Dresden, sondern auch vor unserer Haustür in Suhl oder Erfurt. Noch nie haben wir in Thüringen vergleichbar viele rechtsextreme oder fremdenfeindliche Demonstrationen erlebt wie in diesem Jahr. Gleichzeitig radikalisiert sich auch die parlamentarische Arbeit. Neben der NPD gibt es in Thüringen inzwischen eine weitere, im Parteiensystem rechts von der CDU stehende, rechtspopulistische Partei. Nachdem die AfD den Einzug in den Bundestag 2013 knapp verpasst hat, gelangen ihr bei der darauffolgenden Europawahl und Landtagswahlen weit mehr als Achtungserfolge.

Ursprünglich als monothematische, eurokritische Partei angetreten, deckt die Partei inzwischen alle Themen ab, die die Abwertung derer ermöglicht, die nicht in den Mainstream der Gesellschaft passen.

In den vergangenen Wochen und Monaten konnten wir immer wieder sehen, dass die Äußerungen der AfD offen rassistische und fremdenfeindliche Positionen gesellschaftlich anschlussfähig machen. Offensichtlich gelingt es der AfD, fremdenfeindliche Einstellung, die wir zum Beispiel aus dem seit 2005 jährlich erhobenen Thüringenmonitor kennen, zu kanalisieren. Spätestens mit dem Wechsel an der Spitze des Bundesverbandes ist klar, dass die AfD sich rechtsaußen im deutschen Parteienspektrum etablieren will. Im Kontext der unzähligen fremdenfeindlichen Demonstrationen stark etablierter rechtsextremer Strukturen, der Belebung verankerter Ressentiments gegen Flüchtlinge und Migrant_innen und einer wachsenden Skepsis gegenüber etablierten (Partei-) Strukturen, ist all das ein deutlicher Angriff auf unsere Demokratie.

In diesen Tagen fragen wir uns vor allem: Was tun? Unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten ist es, noch stärker für unsere Überzeugungen zu kämpfen und unsere Demokratie zu verteidigen. Es darf kein Sozialneid geschürt und kein Ausspielen der Schwächsten unserer Gesellschaft gegeneinander geben. Wir müssen deutlich machen, dass rechtsextreme und fremdenfeindliche Positionen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Alle demokratischen Kräfte in unserem Land sind dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen, weil sie damit auch zeigen, dass wir die Mehrheit der Menschen vertreten, die in diesem Land leben. Wir brauchen einen bunten, vielfältigen und friedlichen Protest gegen alle Demokratiefeinde, und wir brauchen Angebote für Dialoge. Vorurteile und Ängste können nur dann abgebaut werden, wenn wir uns damit auch beschäftigen. Nur, wenn wir sie ernst nehmen, können wir sie auch entkräften. Es geht um nicht weniger als unsere Demokratie und um die Frage, in welcher Gesellschaft wir wie miteinander leben wollen.

Erfurt im November 2015

Diana Lehmann

Sprecherin für Migration und für Strategien gegen
Rechtsextremismus der SPD-Landtagsfraktion Thüringen

Alexander Häusler/Rainer Roeser

„Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben!“¹

Das politische Erscheinungsbild der Partei
„Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen

Einleitung

In der vorliegenden Studie wird ein Einblick in das politische Erscheinungsbild der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen gegeben. Der Partei gelang am 14. September 2014 der Einzug in den Landtag des Freistaates Thüringen. Seitdem tritt der Thüringer AfD-Landesverband nicht nur auf Landesebene für einen stramm rechten politischen Kurs ein, sondern hat auch zunehmend an Einfluss gewonnen auf den gesamtpolitischen Kurs der AfD. Diese politische Stoßrichtung innerhalb der AfD hat sich seit der Abspaltung der politischen Anhängerschaft des früheren AfD-Parteiprechers Bernd Lucke unter dem Dach der neuen Partei ALFA noch verstärkt. Lucke, der neue Vorsitzende der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA), erklärte, dass die AfD zu einer Partei geworden sei, „in der Demagogie, Islamfeindlichkeit, Verschwörungstheorien und Antiamerikanismus zum guten Ton gehören“ und die sich „anschickt, den Republikanern, der Freiheit und den Pro-Parteien die Wähler abspenstig zu machen“². Als Mitglied des Vorstands der AfD hatte Lucke ein Amtsenthe-

ungsverfahren gegen den Fraktionsvorsitzenden der AfD-Thüringen, Björn Höcke, aufgrund dessen Äußerungen zur NPD angestrebt. Höcke wurde zu dieser Zeit mit der Aussage zitiert: „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann.“³ Mit dem Fortgang des wirtschaftsliberalen AfD-Flügels sind augenscheinlich auch die innerparteilichen Abwehrhaltungen gegen einen politischen Rechtsschwenk zum Erliegen gekommen. So wurde das vom früheren AfD-Bundvorstand eingeleitete Amtsenthebungsverfahren mittlerweile laut Auskunft aus dem neuen AfD-Bundesvorstand wieder zurückgenommen.⁴ Zusätzlich werden Verbindungen der Thüringer AfD zum politischen Rechtsaußen-Spektrum offenbar: So kündigte beispielsweise die neurechte Zeitschrift „Sezession“ in ihrem Weblog den Auftritt Höckes als Referent auf ihrer Herbsttagung zum Thema „Ansturm auf Europa“ an. Ein solcher Auftritt kann im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte als ein bewusst gesetztes politisches Signal gedeutet werden, in welchem politischen Umfeld sich die Thüringer AfD Zustimmung für ihre politischen Ziele erarbeiten will.

Editorische Notiz

In dieser Studie zu den politischen Positionen der AfD hinsichtlich ihrer Nähe zum Rechtspopulismus und zur extremen Rechten wird im ersten Kapitel einführend die Verwendung der hierzu zentralen Begriffe erläutert. Daran anschließend wird ein kurzer Einblick zum aktuellen Forschungsstand zur AfD gegeben. Im zweiten Kapitel stehen die Wahlergebnisse der AfD im Zentrum: Hier wird das Abschneiden der AfD in Thüringen bei der Bundestagswahl 2014, der Europawahl und den Kommunalwahlen 2014 sowie der Landtagswahl 2014 einer näheren Betrachtung unterzogen. Im dritten Kapitel werden die Organisationsstruktur und die politischen Positionen des Landesverbandes untersucht. Hierbei wird ein Schwerpunkt auf die Positionen der AfD-Mandatsträger in Thüringen gelegt. Die politische Themensetzung hingegen ist Gegenstand der Analyse im vierten Kapitel: Dabei stehen diejenigen Themen im Vordergrund, die in besonderem Maße von der AfD in Thüringen inhaltlich und propagandistisch bedient werden. Die Studie schließt mit der kompakten Formulierung von offenen Fragestellungen sowie Handlungsanforderungen zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema.

Begriffe und Forschungsstand

Der hier verwendete Begriff Rechtsaußen-Spektrum umfasst übergreifend das Spektrum von Parteien, Bewegungen und Denkschulen, welches politisch rechts von den Unionsparteien zu verorten ist und das von der sogenannten Neuen Rechten bis hinein in die Netzwerke rechtsextremer Gruppierungen reicht. Unter der Neuen Rechten wird in der Forschung eine politische „Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“⁵ verstanden. Der Begriff ist zurückzuführen auf die Eigenbezeichnung extrem rechter Gruppierungen, die im Kontext des studentischen Aufbruchs von 1968 nachfolgend als rechtes Pendant zur Neuen Linken in Erscheinung traten.⁶ Während die 1972 gegründete Aktion Neue Rechte als Abspaltung

von der NPD aufkam⁷, entfaltete die Strömung der Neuen Rechten in der Folgezeit neben parteipolitischen Aktivitäten vor allem in Bewegungen und publizistischen Theoriezirkeln politische Wirksamkeit. Aktuell stellen insbesondere das „Institut für Staatspolitik“ (IFS) mit der Zeitschrift „Sezession“ sowie die nationalkonservativ-neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) Ausdrucksformen neurechter Aktivitäten dar. Der Personenkreis, das politische Umfeld sowie die politischen Interventionen des IFS, der Sezession und der JF offenbaren zugleich den „Grenzverkehr zwischen neuer Rechter, Mitte und Extremen“⁸.

Rechtsextremismus hingegen kann als Sammelbegriff für die Bündelung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden.⁹ Als Variante findet in der Forschung zunehmend der Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums Verwendung.¹⁰ Inhaltlich bestimmt sich diese Zuordnung nach der politischen Übereinstimmung mit folgenden Inhalten:

- *völkisch-nationalistische Positionen*
- *rassistische und antisemitische Positionen*
- *autoritäre Politikvorstellungen*
- *Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips*
- *Diskriminierung von Minderheiten*
- *Ethnisierung/Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen*

Zentral für die Propaganda unterschiedlicher extrem rechter Gruppierungen ist deren völkisch-nationalistische Inanspruchnahmen des Volks-Begriffs. Von einem völkischen Nationalismus muss laut Helmut Kellershohn dann gesprochen werden, wenn an „die Stelle der rationalistischen, in der Tradition naturrechtlicher Argumentation stehenden Gleichsetzung von Einzelwille und gemeinschaftlichem Willen (...) die Identifizierung von Ich und Nation über die ursprungsmythische Konstruktion der Vermittlungsinstanz ‚Volk‘“ tritt.¹¹ Kellershohn nennt als Kernideologeme des völkischen Nationalismus: eine Gleichsetzung von Volk und Nation; eine Überhöhung des Volkes zu einem Kollektivsubjekt; die Rechtfertigung eines „starken Staates“; die Heroisierung des „anständigen Deutschen“ und die völkisch/rassistische Konstruktion eines inneren Feindes; schließlich ein biopolitisches Verständnis des „Volkskörpers“ sowie ein chauvinistisches Machtstaatsdenken.¹²

Der Parteienforscher Oskar Niedermayer hingegen verwendet den Sammelbegriff der „ethnozentristisch-autoritären Parteifamilie“ und subsummiert darunter gleichermaßen Parteien wie NPD, DVU, REP oder die Schill-Partei.¹³ Hier lassen sich in der wissenschaftlichen Begriffsverwendung Überschneidungen mit der Zuordnung zum Rechtspopulismus feststellen.

In der öffentlichen Debatte wird der Begriff des Rechtspopulismus oft als eine „weichere“ oder harmlosere Form des Rechtsextremismus gedeutet. Real treten jedoch sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative Gruppierungen rechtspopulistisch in Erscheinung. Karin Priester sieht wesentliche Merkmale des zeitgenössischen Rechtspopulismus in der dort vollzogenen Gleichsetzung des Begriffs des „Volkes“ mit den „kleinen Leuten“, den ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten.¹⁴ Dies geht laut Jean-Yves Camus einher mit der „Konstruktion eines politischen Programms der Exklusion, das auf Werten der Inklusion aufruht“.¹⁵ Demnach werden im Rechtspopulismus demokratische Errungenschaften, Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, jene würden eben diese Rechte abschaffen wollen. Solch ein populistischer Politikstil kennzeichnet nicht bloß die Rechtsaußenparteien: Vergleichbare politische Inszenierungen sind – siehe zum Beispiel die CSU in der Flüchtlingsdebatte – zugleich auch bei politischen Repräsentanten quer durch die Parteienlandschaft festzustellen.¹⁶

Demnach werden im Rechtspopulismus demokratische Errungenschaften, Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, jene würden eben diese Rechte abschaffen wollen.

Im Unterschied zur traditionellen extremen Rechten treten Parteien der rechtspopulistisch modernisierten Rechten zumeist nicht offen demokratie- oder verfassungsfeindlich auf. Vielmehr inszenieren sie sich als „wahre Demokraten“ und „Anwälte“ der angestammten Bevölkerungsteile und bekunden, deren Interessen gegenüber einer als undemokratisch angeprangerten und transnational orientierten Politik zu „verteidigen“. Dabei werden breit vorherrschende Ängste gegenüber nationalem Souveränitätsverlust und drohendem sozialem und wirtschaftlichem Abstieg propagandistisch

kanalisiert in eine Politik der Feindbilder. Damit greift der Rechtspopulismus höchst aktuelle Fragestellungen, wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder demokratische Defizite im europäischen Krisenmanagement, auf und füllt diese politischen Leerstellen mit schlichten, reaktionären „Lösungsangeboten“. „Das Volk“ wird in der rechtspopulistischen Propaganda als homogenisierender Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zu der „politischen Klasse“ gesetzt, welche angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die „nationalen Interessen“ an eine undemokratische, multikulturelle und transnational orientierte Europäische Union verkauft habe. Der Rechtspopulismus übersetzt hierbei den Nationalismus und Rassismus der traditionellen extremen Rechten in kulturell und/oder religiös umformulierte Feindbilder: die „schleichende Islamisierung“, den „bürokratischen Moloch EU“, die „Zerstörung kultureller Identität“ durch den Multikulturalismus und die Linke als dessen „Steigbügelhalter“. Dabei inszeniert sich der zeitgenössische Rechtspopulismus kämpferisch als „demokratische Alternative“ zum beschworenen kulturellen Untergangsszenario. Als Chiffre dieses rechten „Kulturkampfes“ können die Schlagworte „Heimat, Glaube, Identität“ genannt werden, die als reaktionär gefüllte Identifikationsangebote in Frontstellung gegenüber der transnational und multikulturell verfassten europäischen Demokratie gebracht werden. Die aus diesen Kreisen erhobenen Forderungen nach „mehr Demokratie“ in Form von Volksentscheiden und Bürgerbegehren weisen eine selektive Inanspruchnahme partizipativer demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten auf, die konterkariert werden von autoritären, undemokratischen und rassistischen Politikvorstellungen. In der Kampagne der AfD zur aktuellen Flüchtlingsdebatte 2015 finden sich diese Merkmale rechtspopulistischer Propaganda nahezu vollständig wieder.

In der Forschung besteht Einigkeit über die politische Verortung der AfD im politischen Parteienspektrum rechts von der Union. Zwar weist Dieter Plehwe zu Recht darauf, dass die AfD in ihrer Gründungsstruktur eine Mischform von „nationalistisch-konservativem mit neoliberalen wirtschaftspolitischen Denken“ aufweise.¹⁷ Diese Geisteshaltungen werden allerdings in einem populistischen Politikstil artikuliert, der die Zuordnung der AfD zur populistischen Parteienfamilie rechtfertigt.¹⁸ Laut David Bebnowski und Julika Förster lässt sich die AfD-Programmatik deshalb als „wettbewerbspopulistisch“ bezeichnen.¹⁹ Laut Einschätzung des Politikwissenschaftlers Karl-Rudolf Korte „wird

die Partei von weiten Teilen der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch bezeichnet.“²⁰ Auch wir als Autoren dieses Textes haben in unterschiedlichen Veröffentlichungen die Zuordnung der AfD zur rechtspopulistischen Parteienfamilie begründet.²¹

Allerdings existieren bislang noch keine tiefergehenden Analysen zur politischen Entwicklung der AfD nach der Abspaltung des Lucke-Flügels. Ebenso gibt es bislang noch wenig an ausgewerteten Kenntnissen über das landespolitische und regionale Gebaren der Partei. In Bezug auf die Landespolitik der AfD ist ein Analysepapier der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorzuheben, dass die politischen AfD-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern zum Gegenstand hat.²² Eine umfangreiche Analyse der AfD-Aktivitäten in Brandenburg wurde im Auftrag der Partei Die Linke, Landesverband Brandenburg, erstellt.²³ Hinsichtlich der AfD-Aktivitäten in Thüringen hat sich der Soziologe und Blogger Andreas Kemper eingehend mit den politischen Positionen des AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke beschäftigt.²⁴ In dieser Studie von Kemper, der zudem grundlegend zur politischen Ausrichtung der AfD veröffentlicht hat,²⁵ finden sich in einem Materialanhang zahlreiche Belege für die rechten Positionierungen des AfD-Landesvorsitzenden.

In der vorliegenden Studie werden nicht nur die politischen Positionierungen der AfD Thüringen aus deren Gründungsphase einer genaueren Betrachtung unterzogen, sondern es wird zudem ein Augenmerk auf deren Entwicklung nach Abspaltung des Lucke-Flügels gelegt.

Auswertung und Analyse der AfD-Wahlergebnisse



Bundestagswahl 2013

Bei der Bundestagswahl im September 2013 kam die AfD in Thüringen auf 76.013 Zweitstimmen. Das entsprach 6,2 Prozent.²⁶ Damit war die AfD viertstärkste Partei im Bundesland und ließ auch die Grünen hinter sich, die 4,9 Prozent erzielten. Bundesweit erzielte die AfD 4,7 Prozent. Nur in Sachsen (6,8 %) erreichte die AfD ein besseres Ergebnis als in Thüringen.²⁷

Mit einer Ausnahme (Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II) übersprang die AfD in allen Thüringer Wahlkreisen die Fünf-Prozent-Marke. Die höchsten Werte erreichte sie in den Wahlkreisen Greiz – Altenburger Land mit 7,5 Prozent, Gotha – Ilm-Kreis mit 7,4 Prozent sowie Sonneberg – Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Orla-Kreis mit 6,8 Prozent; die niedrigsten in den Wahlkreisen Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I mit 5,3 Prozent, Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen mit 5,1 Prozent sowie Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II mit 4,9 Prozent.²⁸

Gewählt wurde die Partei deutlich überdurchschnittlich von Männern.²⁹ 7,3 Prozent der männlichen Wähler votierten für die AfD. Dabei dominierten die Altersgruppen der 35- bis 45-Jährigen mit 9,7 sowie der 25- bis 35-Jährigen mit 9,5 Prozent. Unter den Frauen entschieden sich 5,1 Prozent für die AfD; den höchsten Wert erreichte die Partei bei den 25- bis 35-jährigen Frauen mit 7,2 Prozent.

In den Wahlkampf war die AfD unter anderem mit Slogans wie „Blockparteien abwählen – Deutschland retten!“ gezogen.³⁰

AfD-Spitzenkandidat Michael Kaufmann sprach von einem „respektablen Ergebnis“. Besonders bemerkenswert sei, „dass wir dieses Ergebnis keine fünf Monate nach Gründung des Landesverbandes erreicht haben“.³¹ Der AfD-Landesvorstand konstatierte Anfang Oktober: „Direkt nach der nervenaufreibenden Zitterpartie am Wahlabend überwog bei vielen AfD-Anhängern die Enttäuschung über eine verpasste Chance.“ Im Abstand von einer Woche sei den meisten Bürger_innen jedoch „die historische Dimension dieses Ergebnisses bewusst geworden“.³² Die AfD habe „jetzt schon Parteigeschichte geschrieben: Wir haben die AfD vor gut einem halben Jahr gegründet, wir haben in einem beispiellosen Kraftakt den Organisationsaufbau in allen sechzehn Bundesländern verwirklicht, zehntausende Unterstützungsunterschriften gesammelt, die Zulassung zur Bundestagswahl erreicht und einen flächendeckenden Wahlkampf geführt! Als Lohn hätten wir fast den Sprung in das höchste deutsche Parlament geschafft und das, obwohl die Altparteien und der mediale Komplex von der Stigmatisierung bis zum Verschweigen alle Register gezogen haben, unseren Aufstieg zu verhindern“. Obwohl die AfD nicht in den Bundestag eingezogen sei, „war der Abend des 22. September 2013 unser endgültiger Durchbruch als Partei“.

Kaufmann wertete das Ergebnis knapp über dem Bundesdurchschnitt als Beweis dafür, „dass die Alternative für Deutschland in Thüringen eine starke Basis hat“.

Europawahl 2014

Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 konnte die AfD trotz gesunkener Zahl der Wählerstimmen (68.011) ihr Landesergebnis auf 7,4 Prozent ausbauen.³³

Damit lag sie in der Nähe des bundesweiten Ergebnisses von 7,1 Prozent. Ihre besten Ergebnisse erzielte die Partei in der Stadt Gera mit 11,2 Prozent sowie im Ilmkreis und dem Saale-Holzland-Kreis mit jeweils 9,8 Prozent, die schwächsten in der Stadt Eisenach mit 5,0 und im Kyffhäuserkreis mit 4,9 Prozent.³⁴ Im AfD-internen Ranking kam Thüringen hinter Sachsen (10,1 %), Hessen (9,1 %), Brandenburg (8,5 %), Bayern (8,1 %), Baden-Württemberg und Berlin (7,9 %) nur noch auf den sechsten Platz.³⁵

Kaufmann wertete das Ergebnis knapp über dem Bundesdurchschnitt als Beweis dafür, „dass die Alternative für Deutschland in Thüringen eine starke Basis hat“.³⁶

Kommunalwahl 2014

Bei den ebenfalls am 25. Mai 2014 stattfindenden Kommunalwahlen trat die AfD lediglich in einer von sechs kreisfreien Städten sowie in einem von 17 Landkreisen an. In der kreisfreien Stadt Erfurt erreichte sie 4,5 Prozent.³⁷ Damit errang sie zwei Mandate. In den Städten Gera, Jena, Suhl, Weimar und Eisenach trat die AfD nicht an. Im Landkreis Weimarer Land erzielte die AfD 4,6 Prozent, was ebenfalls zwei Mandate bedeutete. In den Kreisen Eichsfeld, Nordhausen, Wartburgkreis, Unstrut-Hainich-Kreis, Kyffhäuserkreis, Schmalkalden-Meiningen, Gotha, Sömmerda, Hildburghausen, Ilm-Kreis, Sonneberg, Saalfeld, Rudolstadt, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Greiz und Altenburger Land kandidierte die Partei nicht. In Erfurt wurden Oskar Helmerich und Corinna Herold gewählt, im Weimarer Land Wolfgang Prabel und Ulrich Kühn.³⁸

Im Unterschied zu anderen AfD-Landesverbänden, etwa in Brandenburg, wo die AfD nach eigenen Angaben bei der Kommunalwahl 2014 mehr als 80 Mandate errang, fehlt der Partei in Thüringen weitgehend ein kommunalpolitischer Unterbau. Dies liegt zum einen an der vergleichsweise schmalen personellen Basis: Der Landesverband war und ist einer der kleinsten bundesweit. Zum anderen vollzog sich der Aufbau von Parteistrukturen auf der Ebene der Kreisverbände im Wesentlichen erst nach der Bundestagswahl 2013. Damit war die Zeit bis zur Kommunalwahl acht Monate später recht knapp bemessen. Rüdiger Schmitt, erster Sprecher der AfD Ilmkreis-Gotha,

erklärte im Mai 2014, man habe sich entschieden, „sich mit allen Kräften auf die Landtagswahl im September zu konzentrieren“. Die Kommunalwahlen seien „schon personell nicht zu stemmen gewesen“.³⁹

Landtagswahl 2014

Bei der Landtagswahl am 14. September 2014 konnte die AfD ihre Stimmzahl, verglichen mit Bundestags- und Europawahl, deutlich steigern. 99.545 Thüringer_innen votierten mit ihrer Landesstimme für die Partei. Das entsprach 10,6 Prozent⁴⁰, etwas mehr als die AfD zwei Wochen zuvor in Sachsen (9,7 %) geholt hatte, etwas weniger als bei der ebenfalls am 14. September stattfindenden Landtagswahl in Brandenburg (12,2 %). Elf von 91 Mandaten im neuen Erfurter Landtag entfielen auf die AfD.

Ihre besten Ergebnisse erzielte die Partei in den Wahlkreisen Ilmkreis II (15,2 %), Saale-Holzland-Kreis II (14,2 %), Greiz I (14,0 %), Gera I (13,9 %), Gera II (13,6 %) und Greiz II (12,7 %); die schwächsten in Wartburgkreis II/Eisenach (8,0 %), Wartburgkreis I (7,9 %), Weimar II (7,4 %) und Jena I (7,2 %).⁴¹ Abgesehen vom Ilmkreis II schnitt die AfD vor allem im Osten des Bundeslandes überdurchschnittlich stark ab.

Die höchsten Stimmanteile erzielte die Partei bei den 25- bis 35-Jährigen mit mehr als 14 Prozent. Laut „Repräsentativer Wahlstatistik für Frauen und Männer nach Altersgruppen“ des Landeswahlleiters votierten 12,8 Prozent der Männer für die AfD, aber nur 8,9 Prozent der Frauen.⁴²

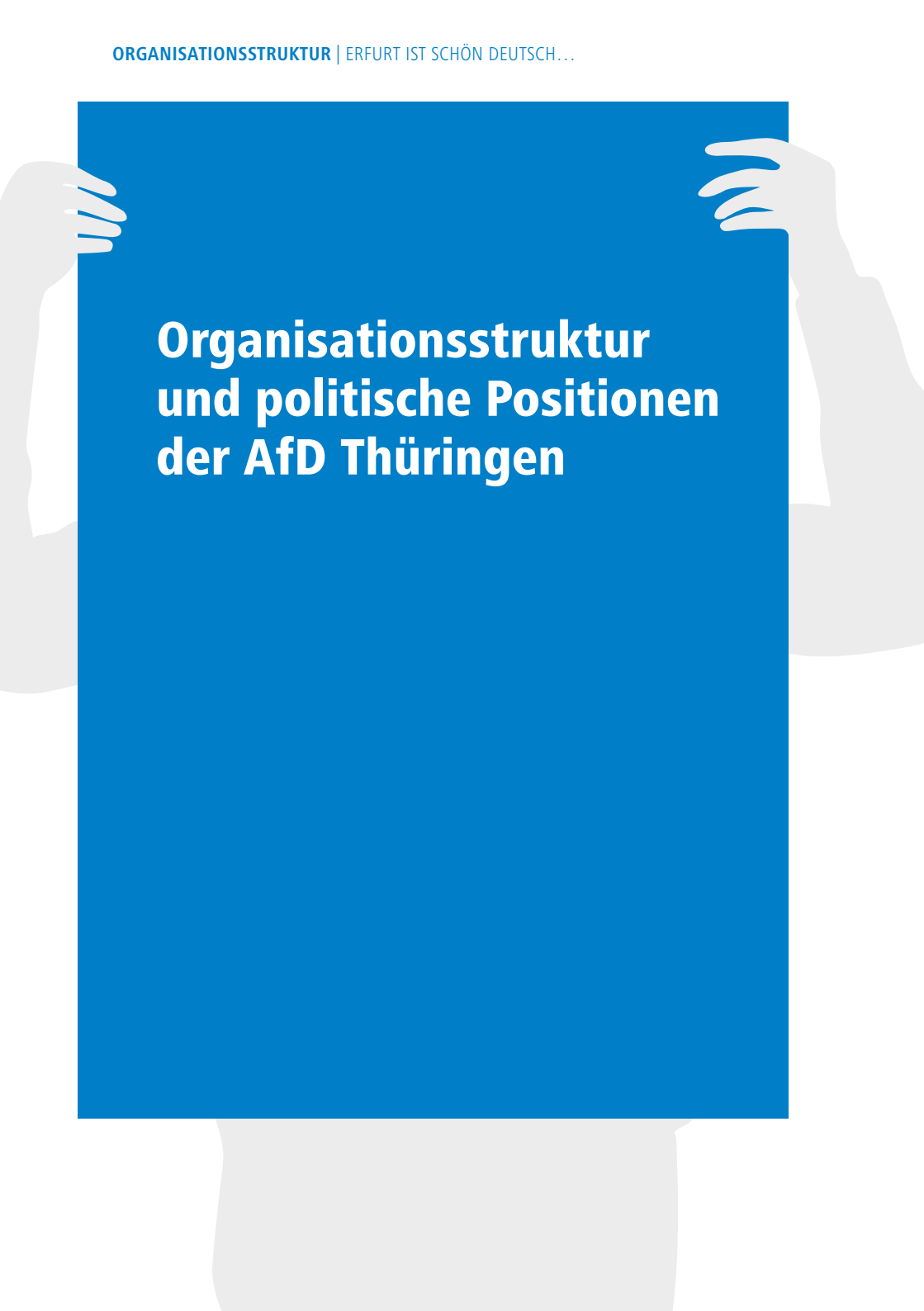
Laut infratest dimap verlor die CDU 18.000 Wähler an die AfD, die Linke 16.000, die SPD 12.000, die FDP 11.000, die NPD 10.000 und die Grünen 1.000. 23.000 AfD-Wähler hatten fünf Jahre zuvor für andere Parteien gestimmt, 12.000 hatten 2009 überhaupt nicht gewählt.⁴³ Der überwiegende Teil der AfD-Wähler habe seine Wahlentscheidung mit der Enttäuschung über andere Parteien begründet, berichtete infratest dimap.⁴⁴ Der Geschäftsführer des Instituts, Richard Hilmer, widersprach in diesem Zusammenhang AfD-Chef Lucke: „Der Vorsitzende der AfD, Bernd Lucke, hat gegenüber Medienvertretern die Behauptung aufgestellt, seine Partei würde aus Überzeugung gewählt werden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Befunde aus

unseren Analysen am Wahltag belegen deutlich, dass die AfD die einzige in den Parlamenten⁴⁵ vertretene Partei ist, die mehrheitlich aus Enttäuschung über die anderen Parteien gewählt wurde. Sie ist nach wie vor in erster Linie Protestpartei.“ 37 Prozent der AfD-Wähler in Thüringen sagten, sie hätten aus Überzeugung für die Partei gestimmt; 57 Prozent begründeten ihr Votum mit ihrer Enttäuschung über andere Parteien.

57 Prozent begründeten ihr Votum mit ihrer Enttäuschung über andere Parteien.

Die Forschungsgruppe Wahlen kam ähnlich wie der Landeswahlleiter zu dem Ergebnis, dass die AfD vor allem von Jüngeren gewählt wurde: Bei den 18- bis 29-Jährigen waren es demnach 16 Prozent, bei den 30- bis 44-Jährigen 13 Prozent, bei den 45- bis 59-Jährigen zwölf Prozent und bei den über 60-Jährigen nur noch sieben Prozent.⁴⁶ Überdurchschnittlich häufig wurde die AfD der Forschungsgruppe Wahlen zufolge von Selbstständigen (14 %) und Arbeitern (12 %) gewählt. Bei den Angestellten votierten demnach neun Prozent für die Partei, bei den Beamten zehn Prozent. „Die AfD, die in einem ökonomisch gefestigten Umfeld und ohne echte Protest- oder Krisenstimmung das dritte Landesparlament in zwei Wochen erobert, wird bei allen unter 60-Jährigen klar zweistellig und stärker als die SPD. Bei den 18- bis 29-Jährigen liegt die AfD nur knapp hinter der Linken“, hieß es in der Wahlanalyse der Forschungsgruppe.

Die Thüringer AfD wertete das Ergebnis als Beweis, dass sich die Partei „endgültig im deutschen Parteiensystem etabliert hat“. ⁴⁷ Der „Vorwurf, eine Ein-Themen-Partei zu sein“, sei eindrucksvoll widerlegt worden. Der Erfolg beruhe auf einem „breit aufgestellten Wahlprogramm, das auch die Themen anspricht, welche die anderen Parteien vernachlässigen“. Die AfD nehme die berechtigten Anliegen der Thüringer Bürger_innen ernst und werde auch weiterhin ihrem Motto „Mut zur Wahrheit“ treu bleiben.

A large blue rectangular sign is held up by two stylized, light gray hands. The hands are positioned at the top corners of the sign, with fingers spread as if gripping it. The background is white. The sign itself is a solid blue color, and the text on it is white and bold.

Organisationsstruktur und politische Positionen der AfD Thüringen

Organisationsstruktur

Der Landesverband Thüringen wurde am 27. April 2013, zwei Wochen nach dem ersten Bundesparteitag der AfD, in Herrenhof bei Gotha gegründet. Als erste Sprecher wurden Matthias Wohlfahrt und Arndt Breustedt gewählt.⁴⁸ Die Versammlung, an der 40 der seinerzeit 147 stimmberechtigten Mitglieder teilnahmen, bestimmte zudem eine Landesliste für die im September stattfindende Bundestagswahl.⁴⁹ Angeführt wurde sie von Michael Kaufmann und Björn Höcke. In den ersten fünf Monaten seines Bestehens konzentrierte sich die Partei ganz auf die Bundestagswahl. Erst danach ging sie an den Aufbau fester Strukturen auf der Ebene von Kreisverbänden. In einem „Rückblick und Ausblick“ betitelten Beitrag auf der Internetseite des Landesverbandes hieß es wenige Tage nach der Bundestagswahl: „Die AfD Thüringen muss in den nächsten Monaten an der Konsolidierung ihrer Organisation arbeiten. [...] Nach dem gemeinsamen Wahlkampf sollten in nächster Zeit formale Kreisstrukturen entstehen. Parallel dazu muss die Mitgliederwerbung intensiviert werden. [...] Bis zur Landtagswahl sollte eine Verdoppelung der Mitgliederzahl möglich sein. Im Vorfeld der Kreisverbandsgründungen sollten wir das durch die Wahl entstandene neue Interesse an der AfD nutzen, um durch Informationsabende in den Regionen/Orten Thüringens neue Mitglieder zu ziehen. Wir brauchen dringend mehr aktive und kompetente Parteimitglieder.“⁵⁰

Einer von der AfD veröffentlichten Aufstellung zufolge zählte der Landesverband Thüringen kurz vor dem Essener Parteitag vom Juli 2015 genau 421 Mitglieder. Er war damit vor Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland (jeweils 329 Mitglieder), Sachsen-Anhalt (308) und Bremen (141) der fünftkleinste Landesverband. Rund zwei Prozent der zu diesem Zeitpunkt 20.359 Mitglieder bundesweit kamen aus Thüringen.

Bei jenem Parteitag zählten die Mitglieder aus Thüringen im Konflikt zwischen den beiden bisherigen Bundessprechern Bernd Lucke und Frauke Petry mehrheitlich zum Petry-Lager. Der Landesverband unterstützte jene Mitglieder, die nach Essen reisten, sogar finanziell. „Der kommende BPT in Essen wird für unsere Partei hoffentlich einen Neuanfang ermöglichen, der den Namen Alternative auch verdient und umsetzbar macht“, erklärte der Landesvorstand vor dem Parteitag⁵¹: „Aus diesem Grund wird der Landesverband Thüringen den Mitgliedern für die Teilnahme eine finanzielle Unterstützung in Höhe von maximal 10.000 Euro ermöglichen.“ Dabei blieb offen, ob die Mitglieder sogar noch mit einer weiteren Unterstützung durch andere thüringische Parteigliederungen rechnen konnten. „Inwieweit gesondert zum Landesverband die Kreisverbände eine finanzielle Unterstützung ihrer am BPT teilnehmenden Mitglieder gewähren, erfragen Sie bitte bei den jeweiligen Kreisvorständen“, empfahl der Landesverband.

Politische Positionen

Landespolitik

Bis in die ersten Monate des Jahres 2014 wurde die AfD in der Öffentlichkeit bundesweit insbesondere als Anti-Euro- und „EU-skeptische“ Partei wahrgenommen – auch wenn erste programmatische Aussagen wie das vom Sprecherrat der AfD-Vorläuferorganisation *Wahlalternative 2013* im Februar 2013 vorgelegte „Programm der Alternative für Deutschland“⁵² oder das beim Gründungsparteitag Mitte April 2013 beschlossene Wahlprogramm zur Bundestagswahl⁵³ bereits über die Themen Euro und Europäische Union hinausreichten.

Mit den Landtagswahlprogrammen für Sachsen, Brandenburg und Thüringen wurden Ziele formuliert, die erkennen ließen, dass zumindest diese drei Landesverbände sich deutlich weiter rechts positionierten, als es die Bundespartei bis dahin getan hatte. Anfang Juli 2014 veröffentlichte die Thüringer AfD ihr Wahlprogramm mit dem Titel „Aufbruch für Thüringen“.⁵⁴ Obwohl sprachlich und inhaltlich

Bis in die ersten Monate des Jahres 2014 wurde die AfD in der Öffentlichkeit bundesweit insbesondere als Anti-Euro- und „EU-skeptische“ Partei wahrgenommen...

„geglättet“⁵⁵, enthielt das Programm die Standardthemen insbesondere der ostdeutschen AfD-Landesverbände:

- ▶ **die Klage über eine bedrohte Meinungsfreiheit:** „Sie darf nicht eingeschränkt oder durch die Meinungsmonopole der sogenannten politischen Korrektheit ausgehöhlt werden. Steuerfinanzierte meinungssteuernde Projekte sind weder mit der Meinungsfreiheit noch mit der Volkssouveränität zu vereinbaren. (...) Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muss sich wieder schließen. In diesem Bewusstsein wenden wir uns mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen, Andersdenkende einzuschüchtern oder zivilgesellschaftlich auszugrenzen.“ (S. 4)
- ▶ **die Orientierung an „althergebrachten“ Familienmodellen:** Die Familienpolitik müsse „einem einheitlichen Konzept folgen, das sich an der Familie aus Vater, Mutter und Kindern unter Einschluss der älteren Generation orientiert. Versuchen, mit Hilfe der Gender-Ideologie den Sinn des Wortes „Familie“ in Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu entziehen, ist entgegenzutreten.“ (S. 6)
- ▶ **die grundsätzliche Ablehnung einer sogenannten „Gender-Ideologie“,** die „sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung“ stehe. (S. 6) Geklagt wurde in diesem Zusammenhang – angelehnt an das sächsische Programm – auch über eine „Früh- und Hypersexualisierung in Schule und Kindergarten“. Nach Ansicht der Thüringer AfD stellt Gender Mainstreaming eine „gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahme“ dar. (S. 11). Zum Thema Wissenschaft heißt es: „Die Ummünzung wissenschaftlich hoch umstrittener Forschungsprojekte im Rahmen der ‚Gender Studies‘ zu gesellschaftspolitischen Maximen sollte nicht durch die öffentliche Hand finanziert werden.“ (S. 12)
- ▶ **die Klage über eine „Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme“:** In diesem Zusammenhang forderte die Thüringer AfD „Volksabstimmungen zu Art und Umfang von Einwanderung“. (S. 8)

Kommunalpolitik

Die Erfurter AfD veröffentlichte vor der Wahl des Stadtrates stichwortartig eine Liste ihrer kommunalpolitischen Ziele.⁵⁶ Themen, wie sie für rechtspopulistische Gruppen typisch sind, fehlten. Genannt wurden:

- *„eine bürgernahe Stadtverwaltung durch bürgerfreundlichere Öffnungszeiten,*
- *die Ausweitung der Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide,*
- *eine wohnortnahe Kinderbetreuung in Kindergärten und Kinderkrippen mit ausgewogener Gebührenstaffelung,*
- *der Abbau bürokratischer Hürden (zum Beispiel bei Bauvorhaben),*
- *die Förderung von Wohnrauminvestitionen,*
- *preiswerte Kurzstreckentickets im öffentlichen Personennahverkehr und in Verbindung mit preiswerten P+R-Parkplätzen,*
- *eine moderne großstadtaugliche Verkehrsinfrastruktur,*
- *der Bau weiterer Radwege,*
- *die Ausschöpfung des gesamten wirtschaftlichen Potentials unserer Stadt mit den Schwerpunkten Hochtechnologie und Industrie, Kreativ- und Medienwirtschaft, Logistik, Messe + Kongresszentrum Erfurt und Tourismus,*
- *die dauerhafte und angemessene Finanzierung der städtischen Kultureinrichtungen“.*

Die AfD im Weimarer Land berichtete Mitte November 2014, sie habe seit der Konstituierung des neuen Kreistages vier Anträge gestellt⁵⁷: einen zur „Abschaffung der Finanzierung der Fraktionsarbeit“ im Kreistag, einen zur Veröffentlichung von Sitzungsterminen auf der Internetseite des Kreises, einen zu „Aufwand und Nutzen der Hortgebührenerhebung“ sowie einen zur „Auslastung des Schullandheims Tonndorf“. Trotz der überschaubar erscheinenden Zahl an Initiativen attestierte sich die AfD, ihre beiden Abgeordneten hätten „bisher die meisten brisanten Anträge eingebracht,

waren also fleißig“. Jedoch sei es „sehr schwierig“, gegen die „Phalanx der Blockparteien CDULinkeSPDGrüne anzukommen“. Im Zusammenhang mit der Hortgebührenerhebung warf die AfD CDU und SPD, die gegen ihren Antrag gestimmt hatten, vor, sie würden verhindern wollen, „dass ihre finsternen Machenschaften ans Licht kommen“. Auffallend ist die verbale Schärfe, mit der die AfD agiert, indem sie demokratische Parteien mit den „Blockparteien“ aus DDR-Zeiten gleichsetzt und suggeriert, andere Parteien bedienten sich nicht-legaler Instrumente.

Zwei der vier erwähnten Anträge beschäftigten Ende November 2014 auch den Kreistag, als dort der Etat für das folgende Jahr beraten wurde: die Abschaffung der Fraktionsgelder und die nun von der AfD geforderte Schließung des Schullandheims Tonndorf. Darüber hinaus reklamierte die AfD ein Einsparungspotenzial von 60.000 Euro im Jahr bei der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises. Den Vorschlag begründete die Partei so: „Frauenförderung mit einer ganzen Personalstelle ist im Landratsamt nicht erforderlich, da Frauen in der Überzahl sind und zahlreiche Amtsleiterinnen das Vorurteil widerlegen, dass Frauen immer nur die schlechtbezahlten Jobs machen. Es gibt zahlreiche Ämter, in denen fast kein Mann mehr arbeitet.“⁵⁸

Politische Positionierungen von AfD-Mandatsträgern

Björn Höcke



Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender) wurde am 1. April 1972 in Lünen (Kreis Unna, NRW) geboren. Er ist verheiratet, hat vier Kinder und lebt in Bornhagen (Eichsfeldkreis). Nach dem Abitur (1991) und dem Wehrdienst (1991 – 1992) studierte er bis 1998 in Bonn, Gießen und Marburg. 1998 legte er das 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab, 2001 das 2. Staatsexamen. Von 1999 bis 2014 arbeitete er an verschiedenen Schulen in Hessen (zuletzt als Oberstudienrat an der Rhenanus-Schule in Bad Sooden-Allendorf). 2003 bis 2005 absolvierte er ein Postgraduales Studium „Schulmanagement“ mit dem Abschluss als Master of Arts (M.A.) Im August 2013 wurde er Landessprecher der AfD Thüringen, im November 2013 1. Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen.⁵⁹

Höcke ist hinsichtlich seiner öffentlichen Wahrnehmbarkeit die dominierende Person im AfD-Landesverband und im Kreis der AfD-Abgeordneten im Thüringer Landtag. Seine politischen Äußerungen weisen eine ausgeprägte Nähe zu den Positionen der „Neuen Rechten“⁶⁰ aus. Publikationen der Ideologieschule, die einen völkischen Nationalismus mit einer Ablehnung neonationalsozialistischer Konzepte und dem Versuch, Bande ins konservative Milieu zu knüpfen, verbindet, gab er wiederholt Interviews.

In Zeitungsinterviews, die er kurz vor der Landtagswahl gab⁶¹, ließ Höcke wissen, für ihn sei „der Islam in seiner jetzigen Form etwas, was mit unseren mitteleuropäischen Ansprüchen gerade nach der Aufklärung nicht kompatibel ist“. Die „Frage nach der Identität“ sei „die zentrale Frage der Menschheit im 21. Jahrhundert“. Gefragt, ob eine Koalition verlockend wäre, antwortete Höcke: „Die AfD hat eine historische Mission. Und die will ich nicht politischen Notwendigkeiten opfern.“ Bei einer Pressekonferenz mit den AfD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen schimpfte er mit Blick auf Gender Mainstreaming einem n-tv-Bericht zufolge: „Wir leben in einer Zeit der Gleichschaltungstendenzen.“ Große politische Felder, so Höcke, seien von Tabus umgeben. Wer etwa eine aktive Bevölkerungspolitik fordere, werde schnell in jenen „zwölf Jahren“ zwischen 1933 und 1945 verortet.



Foto: AfD-Demo vom 21.10.2015 in Erfurt

Wiederholt stand Höcke Rechtsaußen-Publikationen Rede und Antwort:⁶² im Sommer 2014 dem Online-Magazin „Blaue Narzisse“, kurz nach dem Wahlerfolg in Thüringen sowie erneut im Februar 2015 der Monatszeitschrift „Zuerst!“ und im Herbst 2014 dem neurechten Magazin „Sezession“. „Dass zunehmend Moscheen gebaut werden, zeugt von einem großen Selbstbewusstsein der Zuwanderer und einem gewaltigen ethnischen sowie kulturellen Transformationsprozess, der vor unser aller Augen abläuft“, erklärte er Mitte August 2014 gegenüber der Blauen Narzisse.⁶³ Seiner Ansicht nach könne jeder Moslem „in Deutschland selbstverständlich seine Religion

ausüben – auch ohne Moschee“. Zustimmend zitierte er seinen Parteifreund Gauland. Der habe gesagt, der Islam sei kein Teil Deutschlands, und er wisse nicht, ob das in hundert Jahren der Fall sein werde. Höcke: „Ich persönlich hoffe das nicht. Der Islam ist mir wesensfremd.“ Als für sich zentral stellte er auch in diesem Gespräch die Frage der „Identität“ dar: „Die Deutschen und die Europäer haben die Aufgabe, den Wert ihrer Hochkultur wiederzuentdecken. Dazu brauchen wir eine deutliche Scheidung der Begriffe Toleranz und Selbstaufgabe.“

Im Gespräch mit der Sezession forderte er eine am „Volkswohl“ orientierte Politik und die „Verteidigung der ethnokulturellen Diversität“, der „höchste Priorität eingeräumt werden“ müsse.⁶⁴ Höcke: „Wird die von den Altparteien eingeschlagene Marschrichtung nicht deutlich korrigiert, stehen schon mittelfristig unser Volksvermögen, unsere staatliche Integrität und unser Weiterbestand als Träger einer Hochkultur auf dem Spiel.“

Höcke war einer der Hauptinitiatoren der „Erfurter Resolution“, die Mitte März 2015 veröffentlicht wurde und zur Verschärfung des innerparteilichen Machtkampfs beitrug.⁶⁵ Die AfD passe sich „ohne Not mehr und

„Wird die von den Altparteien eingeschlagene Marschrichtung nicht deutlich korrigiert, stehen schon mittelfristig unser Volksvermögen, unsere staatliche Integrität und unser Weiterbestand als Träger einer Hochkultur auf dem Spiel.“

BJÖRN HÖCKE

mehr dem etablierten Politikbetrieb an: dem Technokratentum, der Feigheit und dem Verrat an den Interessen unseres Landes“, warnte „Der Flügel“, wie sich die hinter der Resolution stehende Gruppe nennt. Kritisiert wurde mit Blick auf die Pegida-Aktionen auch, dass sich die Partei „von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in voreuseilendem Gehorsam sogar distanziert“ habe, „obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“. Als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte“ und als „Widerstandsbewegung gegen die weitere

Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ wollten die Erstunterzeichner – neben Höcke unter anderem seine Landessprecherkollegen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg Andre Poggenburg und Alexander Gauland – die AfD verstehen.

Regelmäßig muss sich Höcke auch nach seinem Verhältnis zur NPD befragen lassen.⁶⁶ Der Hamburger AfD-Sprecher Jörn Kruse nannte seinen Thüringer Amtskollegen gar einen, „der den Unterschied zwischen AfD und NPD nicht kennt“. Höckes Dilemma begann spätestens, als der Soziologe und AfD-Kenner Andreas Kemper erstaunliche Parallelitäten zwischen Äußerungen Höckes und Formulierungen eines Autors entdeckte, der vor Höckes Engagement in der AfD unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ für eine Zeitung der NPD im Eichsfeldkreis und für das von dem NPD-Funktionär Thorsten Heise verbreitete Neonazi-Heft „Volk in Bewegung“ schrieb.⁶⁷ Zwar erklärte Höcke, er habe „niemals Artikel in NPD-Postillen verfasst, auch nicht unter einem Pseudonym“, eine vom Bundesvorstand verlangte eidesstattliche Versicherung mochte er aber nicht abgeben. In einer persönlichen Erklärung Höckes, adressiert an den Bundesvorstand, hieß es: „Ich werde diese eidesstattliche Erklärung nicht unterschreiben. Nicht, weil ich etwas zu verbergen hätte. Ich habe niemals unter einem Pseudonym für eine NPD-Zeitung geschrieben, und ich werde jeden juristisch belangen, der anderes behauptet. [...] Unterschreibe ich diese, würde eine Büchse der Pandora geöffnet werden. Als nächstes würde wahrscheinlich Bernd Lucke eine eidesstattliche Erklärung zugestellt bekommen, mit der er nachdrücklich aufgefordert werden würde, zu versichern, dass er nicht den Auftrag hat, die AfD in eine CDU oder FDP 2.0 zu transformieren.“⁶⁸ Eine solche Erklärung zu verlangen, sei „ein Vorgang, der in Gerichtsprozessen seinen Ort und Wert besitzt“. Dieses Verlangen aber „als innerparteiliches Druckmittel einzusetzen, ist schädlich und dokumentiert einen Zustand der Zerrüttung und Verunsicherung in unserer Partei, den ich bedauere“. Es gehe „hier einzig darum [...], mich zu diffamieren und meine Glaubwürdigkeit zu untergraben“.

„Björn Höckes Äußerungen [...] erfüllen [Kriterien], die es nach Roger Griffin erlauben, von einem palingenetischen Ultranationalismus und somit von einer faschistischen Ideologie zu sprechen.“

ANDREAS KEMPER

Losgelöst von der Frage nach der *personellen* Identität von Höcke mit dem Artikel-Pseudonym Ladig sollten die *inhaltlichen* Übereinstimmungen der genannten Texte zu denken geben. Der Soziologe Kemper, der für die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Expertise zu den inhaltlichen Positionierungen Höckes verfasst hat, kommt zu der Einschätzung, dass „Björn Höckes

Äußerungen die Kriterien erfüllen, die es nach Roger Griffin erlauben, von einem palingenetischen Ultranationalismus und somit von einer faschistischen Ideologie zu sprechen.“⁶⁹

Für weiteres Aufsehen sorgten Äußerungen Höckes in einem Gespräch mit der „Thüringer Allgemeinen“. „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann“, erklärte Höcke dort.⁷⁰ Und er fuhr fort, die NPD habe „große Teile in sich, die eindeutig als extremistisch einzustufen sind und die die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht achten“. Was im Umkehrschluss die Folgerung nahe legen könnte, dass die NPD nach seiner Auffassung auch Teile in sich hat, die nicht als extremistisch zu gelten hätten und die der bundesdeutschen Demokratie mit Achtung begegnen würden.⁷¹

Rasch wurden parteiintern – unter anderem vorgetragen durch AfD-Sprecher Lucke – Forderungen laut, Höcke möge seine Ämter niederlegen. Kurz nach Schließung der Wahllokale in Bremen veröffentlichte die AfD Thüringen



Foto: AfD-Demo vom 30.09.2015 in Erfurt

allerdings einen „Mitgliederbrief zu Forderungen nach Rücktritt von Björn Höcke“. Darin erläutete der Landesvorstand: „Wir stehen voll und ganz zu Björn Höcke und einem sachlichen, politischen Diskurs ohne Denk- oder Sprechverbote. Die Forderung nach einer Ämterniederlegung und einen Parteiaustritts von Björn Höcke lehnen wir ab.“⁷² (Fehler im Original) Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Zuspitzung der Auseinandersetzung durch

die Rücktrittsforderung weniger inhaltlich begründet sei, als vielmehr mit der nahenden Bundesvorstandswahl und der damit einhergehenden innerparteilichen Auseinandersetzung zu erklären sei.

Mit dem „Mitgliederbrief“ verteilte der Landesverband eine persönliche Stellungnahme Höckes. Darin beklagte Höcke, die Thüringer Allgemeine erwecke „den falschen Eindruck, ich würde mich nicht von der NPD abgrenzen. Dieser Eindruck entspricht allerdings nicht den Tatsachen“. Die

AfD-Fraktion, der Landesverband und er selbst hätten sich „seit Gründung der AfD immer klar und deutlich von der NPD und anderen extremistischen Organisationen abgegrenzt“. Eine Kooperation mit der NPD gebe es nicht. Höcke: „Die NPD spielt bei der politischen Positionierung der AfD schlicht keine Rolle, da unsere Partei bürgerlich ausgerichtet ist.“ Man nehme auch keine ehemaligen NPD-Mitglieder auf. Andererseits weigere er sich aber auch, „Menschen von vornherein aufzugeben, auszugrenzen und sozial zu ächten, weil sie in der falschen Partei sind oder waren“. Auch Anhänger extremistischer Strömungen hätten einen Anspruch auf „politische Resozialisierung“. Höcke: „Auch wenn mir die internen Verhältnisse der NPD unbekannt sind, ist es nach meiner Überzeugung wahrscheinlich, dass es dort auch Menschen gibt, die man wieder für unsere Demokratie gewinnen kann, weil sie eben nicht überzeugte Rassisten oder Fremdenhasser sind, sondern aufgrund politischer Naivität beziehungsweise zum Beispiel jugendlicher Unerfahrenheit in diese Partei gelangt sind.“ Er halte es „zudem schlicht für falsch, sämtliche Mitglieder dieser Partei über einen Kamm zu scheren und ihnen nicht zuzugestehen, dass auch sie in der Lage sind, einmal gewonnene falsche Überzeugungen zu überdenken und einen politischen Lernprozess erfolgreich zu absolvieren.“

„Auch wenn mir die internen Verhältnisse der NPD unbekannt sind, ist es nach meiner Überzeugung wahrscheinlich, dass es dort auch Menschen gibt, die man wieder für unsere Demokratie gewinnen kann...“

BJÖRN HÖCKE

Nach dem Landesvorstand stellte sich am 11. Mai 2015 auch Höckes Fraktion per Beschluss hinter ihren Vorsitzenden: Man weise die Rücktrittsaufforderung Luckes entschieden zurück, teilte die Fraktion mit.⁷³ Die AfD-Fraktion steht „entschlossen“ hinter Björn Höcke. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wiebke Muhsal wurde mit der Aussage zitiert: „Björn Höcke ist gewählter Fraktionsvorsitzender. Es besteht keinerlei Anlass, daran etwas zu ändern. Die Fraktion schätzt seine Arbeit außerordentlich und freut sich, weiterhin gemeinsam mit ihm als Fraktionschef die politischen Ziele der AfD umzusetzen.“ Stephan Brandner, auch er Fraktionsvize, erklärte: „Die AfD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu Herrn Höcke. Herr Lucke als Bundessprecher der AfD hat sich nicht in Angelegenheiten der Fraktion einzumischen.“

Ungeachtet der Solidaritätsbekundungen für Höcke beschloss der Bundesvorstand am 12. Mai mit fünf zu zwei Stimmen – und damit mit der Mehrheit des Lucke-Flügels in der Führung der AfD, beim Landesschiedsgericht in Thüringen seine Amtsenthebung als Landessprecher zu beantragen. Zwei Jahre lang sollte Höcke zudem keine Parteiämter bekleiden dürfen. Partei-Vize Alexander Gauland stimmte gegen den Beschluss. „Ich finde, es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, erklärte er.⁷⁴ Die zweite Gegenstimme kam von Luckes Co-Sprecherin Frauke Petry. Sie wandte sich zwar gegen ein Parteiordnungsverfahren, war aber zuvor öffentlich auf Distanz zu Höcke gegangen: Dessen Aussagen seien „eine politische Katastrophe für die AfD“. Petry im Gespräch mit dem „Handelsblatt“: „Letztlich müssen Leute wie Herr Höcke gefragt werden, was sie mit solchen Äußerungen bezwecken und ob sie noch glauben, in der richtigen Partei zu sein.“⁷⁵ Nach dem im Juli des Jahres 2015 erfolgten Machtwechsel in der AfD und der daraus resultierten Abspaltung durch die neue Partei ALFA stand die Amtsenthebungsfrage innerparteilich nicht mehr zur Diskussion.

Ende Mai 2015 geriet Höcke neuerlich in die Kritik, als eine E-Mail bekannt wurde, die er etwa ein Jahr zuvor an einen Parteifreund geschrieben haben soll und in der die Abschaffung der Strafgesetzbuch-Paragrafen 86 und 130 gefordert wird. In der Mail hieß es einem Bericht des MDR zufolge: „Die politische Strafjustiz in diesem Land ist eines demokratischen Rechtsstaats nicht würdig. Es kann nicht sein, dass man für ein Meinungsdelikt 10 Jahre eingesperrt wird und für Totschlag 2 Jahre auf Bewährung erhält. Die §§ 86 und 130 und ihre Strafbewehrung sind mehr als umstritten. [...] Die Rückeroberung der Meinungsfreiheit ist das zentrale Motiv meiner politischen Betätigung. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit ist der Hebel der sanften Diktatur des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen keine Begriffstabuisierung, keine Antidiskriminierungsgesetze und keine politische Strafjustiz. Hinfort damit – und zwar schnell.“⁷⁶ Dem MDR sagte Höcke, er habe diese Mail nicht bei sich finden können. Wohl habe er aber mit AfD-Freunden darüber debattiert, ob das „Recht auf Meinungsäußerung durch das Strafrecht zu sehr eingeschränkt“ werde. Er sei nach wie vor der Ansicht, dass sich „ethisch unvertretbare Meinungen nicht durch Strafnormen vermeiden“ ließen.

Nach dem Essener Parteitag vom Juli 2015 äußerte sich Höcke in einem Interview mit dem Monatsmagazin „Compact“, einer von Jürgen Elsässer

herausgegebenen Zeitschrift mit rechtspopulistischer und antiamerikanischer Orientierung sowie einer Neigung zu verschwörungstheoretischen Argumentationsweisen, über den Zustand seiner Partei⁷⁷: „Die AfD hat zurückgefunden zu ihrer Gründungsidee, eine Opposition zu allen Altparteien zu sein und aus dieser Position in einem Prozess von vielleicht zehn Jahren zu einer echten Volkspartei aufzuwachsen.“ Der Parteitag habe hingegen „das Konzept von Bernd Lucke und seines Weckrufes, sich schnell als Kraft im einstelligen Prozentbereich, als Mehrheitsbeschaffer in einer Koalition anzudienen“, zurückgewiesen. Zwar begrüßte es Höcke, dass sich bei dem Parteitag Frauke Petry gegen Lucke durchsetzen konnte, indirekt machte er aber deutlich, dass er von ihr mehr Entgegenkommen im Verhältnis zu dem von ihm vertretenen Flügel der Partei erwartet. Höcke sagt über Petry: „Wenn sie noch etwas an Integrationsfähigkeit gewinnt, wenn sie die Partei in ihrer ganzen Breite und Tiefe erhalten kann, will ich gerne mit dafür sorgen, dass sie die längstamtierende Parteivorsitzende in Deutschland wird.“

Gegen Höcke laufen staatsanwaltliche Ermittlungen. Ihm wird vorgeworfen, Scheingehälter für seinen Wahlkreismitarbeiter abgerechnet zu haben.⁷⁸ Höcke wies die Anschuldigungen zurück: Die Vorwürfe gegen ihn seien „frei erfunden“.

Weitere Mandatsträger im Landtag



Stefan Möller (Parlamentarischer Geschäftsführer) wurde am 23. März 1975 in Erfurt geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Von 1994 bis 2003 studierte er Rechtswissenschaft in Jena. Ab Anfang 2004 war er als Rechtsanwalt in verschiedenen Kanzleien tätig. Seit Anfang 2007 arbeitet er als selbstständiger Rechtsanwalt in Erfurt und parallel als Unternehmensjurist bei der Thüringer Energie AG. Seit Juni 2014 fungiert er als Sprecher des AfD-Landesverbandes, bereits seit Dezember 2013 ist er Vorstandsmitglied im AfD-Kreisverband Mittelthüringen.⁷⁹

In der Diskussion über die „Erfurter Resolution“, zu deren Erstunterzeichnern er gehörte, wandte er sich gegen „Angriffe auf Mitglieder, die sich für einen modernen Nationalstaat einsetzen und dabei auch Identitätsfragen ansprechen“.⁸⁰ Diese Menschen als „rechte Sektierer“ zu diskreditieren und

ihnen beispielsweise zu unterstellen, sie wollten eine Einwanderung nach „völkischen Kriterien“, sei „nicht nur unlauter, sondern gefährdet auch den Erfolg unserer Partei“, so Möller. Gleiches gelte „für die pauschale Ablehnung bestimmter gesellschaftlicher Initiativen wie zum Beispiel Pegida“.



Wiebke Muhsal (stellvertretende Fraktionsvorsitzende) wurde am 6. April 1986 in Lüdinghausen (Kreis Coesfeld, NRW) geboren. Sie ist verheiratet und Mutter dreier Kinder. Nach dem Abitur in Bad Salzuflen studierte sie bis 2012 Rechtswissenschaften in Jena. Anschließend widmete sie sich bis zu ihrem Einzug in den Landtag vor allem der Erziehung ihrer Kinder. Muhsal ist Sprecherin des AfD-Kreisverbandes Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis.⁸¹ Seit Mitte Juli 2015 steht sie zudem an der Spitze der AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ in Thüringen.

Gegen Muhsal ermittelt die Staatsanwaltschaft, nachdem eine frühere Wahlkreis-Mitarbeiterin aus Jena Strafanzeige erstattet hatte.⁸² Sie wirft Muhsal vor, auf Kosten des Steuerzahlers zwei Scheingehälter abgerechnet zu haben. Dabei soll es um mehrere tausend Euro gegangen sein. Das Geld, so der Vorwurf, habe Muhsal unter anderem genutzt, um Rechnungen für ihre Wahlkreisarbeit zu bezahlen. Muhsal wies den Vorwurf zurück. Nach Fraktionsangaben hat sie ihrerseits Strafanzeige gegen die Ex-Mitarbeiterin wegen Verleumdung erstattet.



Stephan Brandner (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) wurde 1966 in Herten (Kreis Recklinghausen, NRW) geboren. Nach dem Abitur (1987) absolvierte er eine Ausbildung zum Industriekaufmann in Castrop-Rauxel. Im Anschluss an das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Regensburg und das Referendariat in Memmingen und München nahm er 1997 seine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Gera auf.⁸³ Seit November 2013 ist das frühere CDU-Mitglied in der AfD. Er ist neben Muhsal Sprecher des AfD-Kreisverbandes Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis.⁸⁴ Seit der Jugend sei er politisch engagiert, wird auf der Internetseite seines Kreisverbandes betont, „unter anderem damals auch in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM), einer Vereinigung, die sich für Verfolgte und Inhaftierte insbesondere im damaligen ‚Ostblock‘ und insbesondere der DDR einsetzte“. Deshalb sei er – obwohl im Westen lebend – von der Stasi überwacht worden.⁸⁵



Olaf Kießling (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) wurde am 22. Mai 1967 in Elgersburg (Ilmkreis/Thüringen) geboren. Er ist geschieden und hat ein Kind. 1983 bis 1985 absolvierte er eine Ausbildung zum Elektromonteur. 1986 bis 1988 folgte der 18-monatige Grundwehrdienst bei der NVA in Erfurt. Von 1994 bis 2004 arbeitete Kießling als Vermögensberater und Finanzkaufmann für verschiedene Unternehmen sowie als selbstständiger Finanz- und Versicherungsagent. Ab Oktober 2004 arbeitete Kießling als selbstständiger Finanz- und Versicherungsmakler mit eigenem Büro in Arnstadt, ab August 2005 zudem als freier Mitarbeiter bei einer Steuerkanzlei. Von 2006 bis 2008 absolvierte er parallel eine Weiterbildung zum Betriebswirt (FH) Controlling und Steuern an der Fachhochschule Schmalkalden. Seit März 2013 ist Kießling Schatzmeister des AfD-Kreisverbands Ilmkreis-Gotha.⁸⁶



Corinna Herold wurde am 26. November 1961 in Eisfeld (Landkreis Hildburghausen/Thüringen) geboren. Sie ist geschieden und hat ein Kind. Nach einer Tätigkeit als zahnärztliche Helferin in der Abteilung für konservierende Stomatologie der Universität Jena studierte sie – mit einer Unterbrechung wegen Kinderbetreuung – von 1982 bis 1988 Zahnmedizin. Von 1988 bis 1990 arbeitete sie als Zahnärztin im Landambulatorium Neudietendorf. Seit 1992 ist sie als selbstständige Zahnärztin in eigener Praxis tätig. Seit Sommer 2014 gehört sie für die AfD dem Erfurter Stadtrat an.⁸⁷

Sympathien ließ Herold im Sommer 2015 für die von einem ehemaligen NPD-Funktionär geführte „Bürgerwehr Untersuhl, Gerstungen und Umgebung“ erkennen.⁸⁸ Nach einer Sachbeschädigung am Gebäude des Unternehmens der AfD-Sprecherin Frauke Petry kommentierte sie auf der Facebookseite der „Bürgerwehr“: „Frauke Petry hätte eine Truppe wie Eure gut gebrauchen können!“ Als Anfang August ein Mitglied der Gruppe einen Presseartikel über einen Missbrauchsfall aus Sachsen gepostet habe, reagierte Herold nach Darstellung von „thueringen-rechtsaussen.net“ rasch. Sie habe sich nicht nur die Ergreifung des Täters gewünscht, „sondern offenbar auch gewalttätige Übergriffe“. Herold habe geschrieben: „Hoffentlich hat er im Knast keine ruhige Minute, auch nachts.“ In einem weiteren Kommentar Herolds zur Frage, ob der Täter therapeutisch behandelt werde, formulierte sie einem Screenshot zufolge, der Täter bekomme eine Therapie, wenn er Deutsch spreche und in die Psychotherapie einwillinge.

Und weiter: „Die anderen Behandlungen übernehmen die Mithäftlinge.“ Herolds Kommentare wurden zeitnah wieder gelöscht.



Jörg Henke wurde am 23. Juni 1961 in Apolda (Landkreis Weimarer Land, Thüringen) geboren. Er ist geschieden. Henke war vor 1989 zehn Jahre lang im Baugewerbe beschäftigt. 1989 wechselte er zu einem Unternehmen im hessischen Wetzlar, wo er eine Weiterbildung zum Werkpolier im Brückenbau absolvierte. Anschließend arbeitete er bei verschiedenen Baufirmen, zuletzt bis 2008 als Maurer und Putzer. Seit einem Arbeitsunfall ist er Berufsunfähigkeits-Rentner. Henke ist stellvertretender Sprecher des AfD-Kreisverbandes Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und stellvertretender Bürgermeister in Crossen an der Elster (Saale-Holzland-Kreis).⁸⁹



Thomas Rudy wurde am 22. August 1959 in Bad Rappenau (Landkreis Heilbronn, Baden-Württemberg) geboren. Er ist geschieden und hat ein Kind. Rudy absolvierte in den 1970er- und 1980er-Jahren Ausbildungen zum Restaurantfachmann, zum Koch und zum Konditor. Nach einer Weiterbildung zum Küchenmeister und Staatlich geprüften Gastronom mit Ausbildeignung machte er sich 1994 als Gastronom und Hotelier selbstständig. Von 2008 bis 2014 arbeitete er als selbstständiger Immobilienkaufmann in Thüringen. Rudy ist Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Greiz-Altenburg.⁹⁰

Die „tageszeitung“ schrieb im Landtagswahlkampf im September 2014 über den Kandidaten Rudy, er sei einer, der gerne austeile: „Im Internet klagt er über ‚Verblödungsmedien‘ und grüne ‚Volksverdummer‘. Die islamfeindliche Partei ‚Die Freiheit‘, bekannt durch ihre Nähe zum niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, nennt er ‚Freunde‘, den britischen Rechtsaußen Nigel Farage einen ‚tollen Politiker‘.“⁹¹

Die (Ab-)Spaltung

Schon früh wurden Spannungen innerhalb der ursprünglich elfköpfigen Fraktion deutlich, insbesondere zwischen den Abgeordneten Siegfried Gentele, Jens Krumpke und Oskar Helmerich auf der einen Seite und der hinter Höcke stehenden Mehrheit der AfD-Parlamentarier_innen. Dabei ging es unter anderem um die Nähe zu neurechten Kreisen.

Öffentlich nicht mehr zu übersehen waren die Konflikte nach der Veröffentlichung der „Erfurter Resolution“, zu deren Erstunterzeichnern die sieben Landtagsabgeordneten Höcke, Henke, Herold, Kießling, Möller, Muhsal und Rudy gehörten.⁹² Gentele, Krumpe und Helmerich waren hingegen Erstunterzeichner der „Deutschland-Resolution“, mit der das Lager um den damaligen Parteisprecher Bernd Lucke auf die „Erfurter Resolution“ geantwortet hatte.⁹³ Auch mit persönlichen Stellungnahmen auf der Internetseite der „Deutschland-Resolution“ hatten sie sich hinter Lucke gestellt. „Wenn ein Weg eingeschlagen wird, der zu sehr rechtslastig ist, führt uns das in einen tiefen Graben, das ist wie im Straßenverkehr. Rechte Splitterparteien treten bei jeder Wahl an, ohne breite Unterstützung zu finden. Wer deren Parolen vertreten will, soll sich einer solchen Partei anschließen und nicht die AfD als Plattform missbrauchen“, schrieb Gentele.⁹⁴ Helmerich empörte sich, die Teilnehmer des Landesparteitages in Arnstadt im März 2015 seien von den Landessprechern mit der „Erfurter Resolution“ überrascht worden: „Auf der Tagesordnung war nichts darüber zu lesen, eine Aussprache wurde nicht zugelassen.“⁹⁵ Aktuell würden „einige“ versuchen, „in unserer Partei Rechtsaußenpositionen einzubringen, die nicht gesellschaftsfähig sind“, klagte Helmerich: „Mit solchen Aussagen sind bereits andere Parteien gescheitert. Am äußerst rechten Rand sind kaum Stimmen zu gewinnen, in der Mitte der Gesellschaft dagegen können wir weiter zulegen, wenn wir bürgerliche Politik machen.“ Krumpe schließlich attestierte den Autoren der „Erfurter Resolution“, mit „Rundumschlägen inklusive einer fragwürdigen Wortwahl“ zu operieren.⁹⁶

„...Am äußerst rechten Rand sind kaum Stimmen zu gewinnen, in der Mitte der Gesellschaft dagegen können wir weiter zulegen, wenn wir bürgerliche Politik machen.“

OSKAR HELMERICH

Bereits Mitte April wurde Gentele aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Mai ging es der Fraktion um eine Disziplinierung von Helmerich und Krumpe, wobei ein Ausschluss aber noch vermieden werden sollte. Das von der Fraktionsmehrheit dann gewählte Verfahren konnten die beiden Abgeordneten durchaus als demütigend empfinden. Über Helmerich befand die AfD, er habe „eine mangelhafte Arbeitseinstellung gezeigt. Weder hat er sich in die parlamentarische Arbeit ausreichend eingebracht, noch hat er die Termine, für die er zuständig war, zuverlässig wahrgenommen“.⁹⁷ Aber: Er erhielt noch eine Chance. In einer „Bewährungszeit“ könne er „beweisen, dass

er willens und fähig ist, unsere politische Arbeit umzusetzen und voranzubringen“. Zu Krumpe hieß es, „seine mangelhafte Teamfähigkeit“ habe „zu großen Konflikten“ geführt. Auch er erhielt eine Chance zur Bewährung: Er werde „zeitlich begrenzt von den Fraktionssitzungen freigestellt, um sich dem Abbau der genannten Defizite widmen zu können“. Laut Höcke gehörte zu Helmerichs Auflagen eine Besonderheit: „Herr Helmerich erhält den Auftrag, im Rahmen eines geplanten Informationsabends im Landtag einen 45-minütigen Vortrag zu halten, in dem die politische Arbeit und das politische Wollen der AfD-Fraktion dargestellt wird.“⁹⁸ Ende Mai verließen beide die Fraktion.

Ehemalige Mitglieder:



Siegfried Gentele wurde am 13. April 1952 in Mariental-Horst (Landkreis Helmstedt, Niedersachsen) geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach einer Ausbildung zum Tankwart arbeitete er zunächst in diesem Beruf, dann als Kfz-Mechaniker und als Werkstattleiter, später als Leitender Angestellter und Kaufmann. Zwischen 2001 und 2008 war er zunächst als Verkäufer nur geringfügig beschäftigt, dann ganz ohne Beschäftigung und schließlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Von 2009 bis zu seinem Einzug in den Landtag war er als Handelsvertreter angestellt.⁹⁹ Mitte April wurde Gentele, der auch dem Kreisvorstand Nordhausen/Eichsfeld/Mühlhausen angehört hatte, aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen.¹⁰⁰ Wenige Tage nach dem Essener Parteitag verließ er am 7. Juli die Partei.¹⁰¹



Oskar Helmerich wurde am 30. März 1960 in Deggendorf (Landkreis Deggendorf, Bayern) geboren. Er ist ledig. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und dem Staatsexamen nahm er 1991 eine Tätigkeit als Rechtsanwalt auf. Seit 1992 ist er selbstständig tätig. Seit 1997 ist er Mitglied im Fachausschuss Strafrecht bei der Rechtsanwaltskammer Thüringen. Helmerich gehört dem Erfurter Stadtrat an und war Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Mittelthüringen.¹⁰² Am 23. Mai kündigte Helmerich seinen Austritt aus der Fraktion an.¹⁰³ Am 10. Juli erklärte er seinen Austritt aus der AfD.¹⁰⁴ „Den Weg des dumpfen Populismus will ich nicht mit-schreiten“, erklärte Helmerich. Er sei stets von dem Konzept des mündigen Bürgers ausgegangen. „Höcke dagegen trauert lieber autoritären Regimen der vergangenen Zeiten hinterher.“



Jens Krumpe wurde am 31. Januar 1978 in Potsdam (Brandenburg) geboren. Er ist ledig und hat ein Kind. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker folgten die Arbeit als Angestellter in einem Ingenieurbüro, ein Studium der Geoinformatik an der FH Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth und ein Masterstudium an der Universität Salzburg. Von 2009 bis 2012 arbeitete er als Selbstständiger im Bereich E-Government, von 2006 bis 2011 als Entwicklungsingenieur am Julius-Kühn-Institut (Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen) und 2011 als Angestellter im Landesamt für Vermessung und Geoinformation Thüringen. Von 2011 bis 2012 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Fachbereich Informatik/Fernerkundung, ehe er als Angestellter bei der Stadtverwaltung Erfurt mit dem Schwerpunkt Softwarearchitekturen/E-Government begann. Krumpe war Beisitzer im Landesvorstand der AfD und Netzpolitischer Sprecher des AfD-Landesverbands.¹⁰⁵ Ende Mai 2015 verließ Krumpe die AfD-Fraktion.¹⁰⁶ Am 10. Juli trat er auch aus der Partei aus.¹⁰⁷ „Ich gehöre nicht in eine Partei, die immer gegen alles ist, Ressentiments von Minderheiten stützt und das politische System der Bundesrepublik am liebsten abschaffen würde“, erklärte Krumpe.

Landesvorstand

Der neunköpfige Landesvorstand der Partei wird von den beiden Sprechern **Stefan Möller** und **Björn Höcke** geführt.¹⁰⁸ (Mehr zur Person der beiden in den Kapiteln *Weitere Mandatsträger im Landtag* und *Björn Höcke*)



Jens Dietrich, geboren 1965 in Berlin-Charlottenburg, gehört als stellvertretender Sprecher dem Landesvorstand an. Nach einem Realschulabschluss, einer Ausbildung zum Chemisch-Technischen Assistenten und dem Fachabitur studierte er Chemie an der Universität Siegen. Nach der Promotion im Fach Chemie zum Dr. rer. nat. an der Universität Gießen arbeitete er ab 2000 als Prokurist im Bereich des internationalen IT-Großhandels und als Geschäftsführer einer GmbH mit dem Schwerpunkt Onlinehandel.



Als Schatzmeister arbeitet **Klaus Gebhardt**, geboren 1950, im Landesvorstand mit. Der Diplom-Chemiker aus dem Kreisverband Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis ist seit 2014 Rentner.

Als Beisitzer gehören dem Landesvorstand an

- ▶ **Roman Golombek**, geboren 1976, der bei der Bundesfinanzverwaltung im Grenzzolldienst sowie im Bereich der Schwarzarbeitsbekämpfung arbeitet;
- ▶ **Michael Kaufmann**, geboren 1964, Professor für Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena;
- ▶ die Diplom-Agraringenieurin **Bärbel Kowsky**, geboren 1956;
- ▶ **Heike Rothe** aus dem Kreisverband Mittelthüringen, geboren 1960, die als „beruflichen Hintergrund“ angibt: „Wirtschaftskauffrau, Ingenieurin für Feinwerktechnik, Sparkassenkauffrau, Sparkassenfachwirtin, Fahrlehrerin, Ausbilderin 1. Hilfe, MPU-Beraterin“. Hauptsächlich arbeite sie im Unternehmen ihres Mannes, einer „zertifizierten Weiterbildungseinrichtung und Fahrschule“. Zudem sei sie „als unabhängige Wohlstandsbildnerin in der Finanzberatung“ selbstständig tätig;
- ▶ **Wolfgang Prabel**, geboren 1953, lebt in Mechelroda im Weimarer Land. Er führte nach Angaben der AfD von 1999 bis 2012 ein eigenes Ingenieurbüro.¹⁰⁹ Zu seiner aktuellen Tätigkeit wird angegeben: „Seit 2012 Gemälderestaurierung“. Prabel ist Ortsbürgermeister des 270-Einwohner-Ortes Mechelroda. In den Kreistag wurde er erstmals 2009 gewählt, zunächst als Parteiloser auf der Liste der FDP. Das rechts-populistische und islamfeindliche Internetportal „Politically Incorrect“¹¹⁰ veröffentlichte wiederholt Texte oder Textteile, die Prabel zunächst auf seinem persönlichen Blog¹¹¹ verbreitet hatte.

Kreisverbände

Kreisverband Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis: Das Gebiet des Kreisverbandes umfasst die Städte Gera und Jena sowie den Saale-Holzland-Kreis. Das entspricht dem Bundestagswahlkreis 194. Als Sprecher des Kreisverbandes fungieren die beiden Landtagsabgeordneten Stephan Brandner und Wiebke Muhsal.¹¹² Mit Jörg Henke ist ein weiterer Abgeordneter einer der beiden stellvertretenden Sprecher (neben Denny Jankowski). Gegründet wurde der Kreisverband am 23. November 2013.¹¹³

Kreisverband Greiz-Altenburg: Der Kreisverband ganz im Osten Thüringens verweist auf seine deutlich überdurchschnittlichen Wahlergebnisse. Bei der Bundestagswahl 2013 habe er mit 7,5 Prozent das beste Ergebnis in Thüringen und deutschlandweit Platz 4 von 299 Wahlkreisen erreicht.¹¹⁴ Bei der Landtagswahl im September 2014 lag er in drei der vier von ihm betreuten Wahlkreise deutlich über dem Landesdurchschnitt von 10,6 Prozent: in Greiz I mit 14 Prozent, in Greiz II mit 12,7 Prozent und im Altenburger Land I mit 12,1 Prozent. Sprecher des Kreisverbandes ist der Landtagsabgeordnete Thomas Rudy. Als seine Stellvertreterin fungiert Bärbel Kowsky. In einem Bericht über einen Kreisparteitag Ende Mai 2014 schrieb Kowsky, ihr Kreisverband sei zwar immer noch der kleinste im Landesverband Thüringen, inzwischen aber wieder auf 38 Mitglieder angewachsen.¹¹⁵ Ihrem Bericht zufolge war er zwischenzeitlich „nach den langen Querelen 2014 [...] durch viele Austritte auf 16 Mitglieder geschrumpft“. In der Folge dieser Querelen musste auch ein neuer Kreisvorstand gewählt werden.¹¹⁶

Am 10. Dezember 2014 berichtete der Kreisverband auf seiner Internetseite über das Treffen eines „Konservativen Arbeitskreises“.¹¹⁷ Dabei sprachen der Vorsitzende der „Patriotischen Plattform“ in der AfD sowie die frühere Hamburger AfDlerin Tatjana Festerling. Tillschneiders Themen waren „die Islamisierung in Deutschland und [...] die Pegida in Dresden und inzwischen auch in anderen Städten Deutschlands“. Festerling beschäftigte sich mit der HoGeSa-Aktion Ende Oktober 2014 in Köln. Mit „sehr interessanten Ausführungen aus eigenen Erlebnissen und Gefühlen in den verschiedenen Situationen in Köln“ habe sie die Anwesenden „gefesselt und zu reicher Diskussion angeregt“ – und „wieder einmal die Presse entlarvt“, wie die AfD zu berichten wusste.

Der Kreisverband Ilmkreis-Gotha mit Sitz in Arnstadt wird von Parteisprecher Rüdiger Schmitt und den stellvertretenden Sprechern Jens Dietrich und Hendrik Urban geführt.¹¹⁸ Der Landtagsabgeordnete Olaf Kießling arbeitet als Schatzmeister im Kreisvorstand mit. Ähnlich wie der Kreisverband Greiz-Altenburg verweist auch er auf gute Wahlergebnisse: „Der Ilmkreis erzielte zur Landtagswahl das thüringenweit beste Ergebnis – 15,2 Prozent.“¹¹⁹ Gegründet wurde der Kreisverband Ende Juni 2013.¹²⁰

Regelmäßig führt der Kreisverband „AfD-Bürgergespräche“ in Arnstadt durch. Über eines im Februar 2015 berichtete der Kreisverband ausführlich auf seiner Internetseite. Zum Thema Außenpolitik hieß es dort: „Deutlich wurde die Politik der USA und der NATO kritisiert, die mit ihrer Politik der Neuen Weltordnung Krisenherde keinesfalls stabilisiert, sondern – auch bei geschichtlicher Betrachtung der Entwicklung der USA – immer wieder neue schafft. Europa ist heute mehr denn je angehalten, die Interessen der europäischen Länder zu wahren und sich nicht den US-amerikanischen Interessen unterzuordnen.“ Und zum Thema Islam: „Anschaulich wurde zudem auf die Gefahr des Islam hingewiesen, die in Europa stetig wächst. Grundlage der Gefahr sind zweifelsohne eine Vielzahl von Koran-Suren, in denen zu Mord und Terror gegen Andersgläubige und Andersdenkende aufgerufen wird. Unter Beweis gestellt wird dies am deutlichsten durch die Grausamkeiten des sogenannten IS-Staates und der sogenannten Gotteskrieger.“ Kein Zweifel sei daran gelassen worden, dass die Politik angehalten sei, „diese gesellschaftliche Problematik zu erkennen und geeignete Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen“. Der Rechtsstaat sei in der Pflicht, „das Grundgesetz und die Bürgerrechte zu schützen“. Direkt anschließend heißt es: „Mehr noch: Das in Art. 20 Abs. 4 GG gewährte Recht zum Widerstand ist Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und gilt als grundrechtsgleiches Recht.“¹²¹

Am 15.12.2014 nahmen die Kreisvorstandsmitglieder des Kreisverbandes Ilmkreis-Gotha Rüdiger Schmitt (Sprecher), Dr. Jens Dietrich (stellv. Sprecher) sowie die Beisitzer_innen Ines Deckert und Marcus Bühl an der Dresdner Pegida-Demo teil.¹²² Ihr Fazit: „Unsere gesamten Eindrücke von der Demo – die komplett friedliche Atmosphäre trotz verbaler Provokationen, absolut vernünftige Gespräche mit Mitdemonstranten, konstruktive Plakatsprüche, unter anderem Deutschland-, Sachsen-, Bayern- und Berlinfahnen, gerufene Parolen und unsere am Ende der Demonstration gemeinsam gesungene Nationalhymne – führen das gezeichnete Bild der Altparteien und Mainstreampresse von der bösen Nazi- und Idiotendemo völlig ad absurdum. Pegida in Dresden, so unser gewonnener Eindruck, ist eine Zusammenkunft von Bürger_innen, die mit beiden Beinen im Leben stehen und völlig zu Recht in Sorge um unser Land und dessen Fortbestand sind. Wir wünschen den Dresdner Pegida-Organisatoren weiterhin regen Zulauf und alles Gute!“

Deutlich positionierte sich der Kreisverband Ilmkreis-Gotha auch in der AfD-internen Diskussion über die Aufnahme der neurechten Vordenker Götz Kubitschek und Ellen Kositzka in die Partei. Vorstandsmitglied Hans-Joachim König veröffentlichte in der ersten Ausgabe eines vom Kreisverband herausgegebenen „Infomagazins für AfD-Mitglieder, Förderer und Interessierte“ mit dem Titel „Der Aufbruch“ im März 2015 einen Text zum Thema unter dem Titel „Eintritt zum Rausschmiss – Der Fall Kubitschek/Kositzka und seine ärgerliche Behandlung“. ¹²³ Darin zitiert er aus einer unter anderem an den Bundesvorstand adressierten Mail aus seiner Feder: „Mit aller Deutlichkeit verurteile ich, und wie ich inzwischen weiß auch im Namen einer großen Mehrheit der Mitglieder und Förderer unseres Kreisverbandes, die Ablehnung der Antragsteller als Mitglied der Alternative für Deutschland am gesellschaftlichen Wirken gegen die überaus misslichen Zustände im Land in unserer Partei mitzuwirken, auf das Schärfste.“ Die Ablehnung diene seiner Auffassung nach „einzig der Disziplinierung kritischer Parteimitglieder“. König: „Noch immer scheint die Angst derzeit das größte Problem bei einigen Abgeordneten und Verantwortlichen, aber auch Mitgliedern der AfD, zu sein. Angst vor der Verantwortung, die Dinge konkret beim Namen zu nennen, die geändert werden müssen, und dies offen auszusprechen. Angst davor, von den Medien gebrandmarkt zu werden – wie oft genug schon geschehen. Angst davor, mit der Keule des Rechtspopulismus, der Ausländerfeindlichkeit, des Rechtsextremismus – kurz mit der politischen Inkorrektheit gebrandmarkt zu werden.“

In „Der Aufbruch – Infomagazin für AfD-Mitglieder, Förderer, Freunde und interessierte Leser“ wurden in einem Beitrag unter dem Titel „Eine Schande für Deutschland ist es, ...“ die wichtigsten Themen einer rechtspopulistischen Agenda insbesondere in Ostdeutschland aufgeführt. Der Satzbeginn „Eine Schande für Deutschland ist es, ...“ wurde so fortgesetzt:

„... dass so getan wird, als sei Deutschland ein reiches Land mit über 2,189 Billionen Euro Schulden.

... dass die Finanznot der Kommunen unaufhörlich wächst.

... dass Milliarden von Steuergeldern verschwendet und in den Sand gesetzt werden.

... dass die Altersarmut zunimmt und so mancher Senior weit unter der Armutsgrenze liegt.

... dass kranke Menschen fast nur noch kostenpflichtige Privatrezepte verschrieben bekommen.

... dass immer mehr Stellen bei der Polizei ‚eingespart‘ werden, obwohl die Kriminalität explodiert.

... dass sich in unseren großen Städten zunehmend Parallellgesellschaften ausbreiten, die nicht hinnehmbar sind.

... dass so getan wird, als sei Deutschland kein gastfreundliches Land.

... dass jeder Faulpelz ausgehalten wird, und die falschen Zähne dennoch bezahlt bekommt.

... dass Leute noch Geld von irgendwelchen Ämtern beziehen müssen, obwohl sie schon mit drei Jobs versuchen, klarzukommen!

... dass wir über 50 Prozent Steuern und Beiträge bezahlen müssen – und kein Ende in Sicht.

... dass jeder sogenannte Investor aus jedem Land der Welt in Deutschland Land und Leute kaufen darf.

... dass Bürgern trotz Wiedervereinigung ihr Erbe bis heute vorenthalten wird.

... dass Anstand und Moral in Politik und Gesellschaft schon lange keine Rolle mehr spielen.

... dass Gewalt an Schulen, auf öffentlichen Plätzen und in der Gesellschaft nicht energisch Einhalt geboten wird.

... dass es tatsächlich Leute gibt, die Kindern schon in der Schule Gruppensex und Analverkehr nahebringen möchten.

... dass kriminelle Täter stets Aufmerksamkeit und Fürsorge bekommen und ihre Opfer einen „Weißen Ring“ brauchen.

... dass die Bundeswehr Weltgendarm spielen will oder muss – und lächerlicherweise noch nicht einmal 100-prozentig einsatzbereit ist.

... dass Politiker wie Herr Schäuble und Co. diese Schande über Deutschland gebracht haben.“

Der **Kreisverband Nordhausen – Eichsfeld – Mühlhausen (NEM)** veröffentlicht als einziger Kreisverband in Thüringen auf seiner Internetseite ein eigenes Grundsatzprogramm.¹²⁴ Es unterscheidet sich in Ton und Tenor deutlich von programmatischen Äußerungen auf Bundesebene und umfasst eine Vielzahl von Aussagen, die vom rechten Flügel der Partei seit 2013 in die innerparteiliche Diskussion getragen werden. So sieht der Kreisverband „das deutsche Volk“ auf dem Weg in eine „demographische Katastrophe“. Nur eine „aktive Bevölkerungspolitik“ und eine „Wiederbelebung gemeinschaftsorientierter Werte“ könnten das Schlimmste verhindern. Besonders der „katastrophal niedrigen Geburtenrate bei Akademikern“ müsse entgegengewirkt werden. Dabei sehe man sich „als Verteidiger der klassischen Familie“: „Als kleinste und wichtigste Keimzelle der Gesellschaft muss die Familie staatlich geschützt und gefördert werden. Nur aus einer Verbindung von Frau und Mann gehen Kinder hervor, die Volk und Staat Dauer verleihen.“ „Hochsubventionierter Unfug, wie beispielsweise die sogenannten gender studies“, müssten „sofort aus der universitären Forschung verbannt werden“. Eine „qualifizierte Einwanderung“ akzeptiert der Kreisverband lediglich „zur Überbrückung aktueller Engpässe auf dem Arbeitsmarkt“: „Langfristig muss ein Land seinen Fachkräftebedarf aus der eigenen Bevölkerung decken können.“ Immigrant_innen hätten sich dem „Werte-, Sitten- und Normengefüge unseres Landes anzupassen“. Abgelehnt wird eine „von den Altparteien bewusst herbeigeführte oder zumindest geduldete Multikulturalisierung“, die Deutschland in weltweite Konflikte hineinziehe und die staatliche Einheit gefährde: „Wir setzten uns dagegen für die kulturelle und ethnische Kontinuität unseres Volkes und aller Völker weltweit ein.“ (Fehler im Original) Im Kapitel zur Außenpolitik wird die Nato nicht erwähnt. Stattdessen heißt es: „Wir fordern eine an nationalen Interessen ausgerichtete Außenpolitik, wie sie von anderen Staaten selbstverständlich praktiziert wird. Deutschland war stets Mittler zwischen Ost und West. Eine einseitige Westbindung unseres Landes lehnen wir ab.“ Im Kapitel zum Thema „Geld“ reicht dem Kreisverband eine Auflösung des einheitlichen Euro-Raumes beziehungsweise das Ausscheiden einzelner Staaten aus dem Euro-Raum nicht aus. Vielmehr sieht er „in der Rückkehr zu nationalen Währungen ein unbedingtes Erfordernis“. Zugleich wird eine „Krise des derzeitigen Geldsystems“ konstatiert: „Eine ungebremste Papiergeldvermehrung führt dazu, dass unser Geld nicht mehr werthaltig ist. Geld darf nicht nur Tauschmittel sein, sondern muss auch als Wertspeicher funktionieren.“

Dass es gerade der Kreisverband NEM ist, der derart dezidierte programmatische Äußerungen vorlegt, dürfte kein Zufall sein. An seiner Spitze steht seit der Gründungsversammlung im November 2013 Björn Höcke.¹²⁵ Gerhard Siebold, der stellvertretende Kreisvorsitzende, nannte ihn in seinen „Worten zum Jahreswechsel“ 2014/2015 den Garanten dafür, dass die AfD nicht zu einer neuen FDP mutiere: „Er steht für Begriffe wie Treue, Ehre, Vaterland und Tugenden, die dem heutigen Mainstream vollkommen fremd sind.“¹²⁶

Nach dem Parteiaustritt des Landtagsabgeordneten Helmerich ist beim **Kreisverband Mittelthüringen**, der Erfurt, Weimar, Apolda, Sömmerda und den Kyffhäuser-Kreis umfasst, das Amt des Kreissprechers derzeit nicht besetzt. Als stellvertretender Sprecher fungiert Manfred Meister; die Landtagsabgeordneten Stefan Möller und Corinna Herold arbeiten als Beisitzer im Vorstand mit.¹²⁷

Der **Kreisverband Süd-Ost-Thüringen**, der Sonneberg, Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla umfasst, wurde bis zu dessen Parteiaustritt durch den Erfurter Abgeordneten Jens Krumpe im Landtag betreut.¹²⁸ Als Sprecher des Kreisverbandes fungiert Hans Jürgen Voigt, als sein Stellvertreter Holger Winterstein.¹²⁹ Gegründet wurde der Kreisverband vergleichsweise spät, erst im Februar 2014.¹³⁰

Beim **Kreisverband Südthüringen**, der Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen und Suhl umfasst und im Januar 2014 gegründet wurde, fungiert aktuell Helmut Witter als Vorsitzender; vertreten wird er durch Nadine Hoffmann und Kevin Gröschel.¹³¹ Gewählt wurden sie bei einer Mitgliederversammlung Ende Mai 2015 in Suhl.¹³² Im Landtag wird der Kreisverband durch die Erfurter Abgeordnete Corinna Herold betreut.¹³³

Der frühere Kreissprecher Heiko Bernardy war Ende Januar 2015 zurückgetreten.¹³⁴ In die Kritik war er geraten, weil er als Redner bei einer „Sügida“-Kundgebung am 26. Januar aufgetreten war. Tags darauf hatte sich der Kreisvorstand von Bernardy distanziert: „Die Mitglieder des Kreisvorstandes Südthüringen der Alternative für Deutschland distanzieren sich entschieden von der Rede Heiko Bernardys, die er am 26.1.2015 zur Sügida-Veranstaltung in Suhl gehalten hat. Obwohl Herr Bernardy zu Beginn seiner Rede mitteilte, dass er dort als Privatperson auftritt, ist den AfD-Mitgliedern klar, dass es

eine solche Differenzierung nicht geben kann.“¹³⁵ Die Inhalte, die Bernardy dargestellt habe, entsprächen nicht den politischen Zielen und Positionen der AfD. Zudem „ist für uns die Zusammenarbeit mit Kräften, die sich als extremistisch herausstellen, ausgeschlossen“.

Als grundsätzliche Distanzierung von Pegida darf man die Kritik freilich nicht verstehen. Mitte Dezember 2014 veröffentlichte „N. Hoffmann“ – vermutlich die später zur stellvertretenden Kreissprecherin gewählte Nadine Hoffmann – auf der Internetseite unter der Überschrift „Was nur machen mit Pegida?“ – Ein Kommentar“ einen Beitrag zum Thema.¹³⁶ „Tausende Menschen des Staates BRD, dem Namen nach eine Demokratie, demonstrieren friedlich gegen radikale Islamisten, religiöse Gewalt und eine aus dem Ruder gelaufene Einwanderungs- und Asylpolitik, und die Damen und Herren der etablierten und damit verantwortlichen Parteien, welche sich selber als aufrechte Demokraten beschreiben, diffamieren, beleidigen, denunzieren und attackieren die Menschen dieses Staates, die berechtigt auf Probleme im Land aufmerksam machen!“, schrieb Hoffmann. Das „absurde Spektakel“ werde nur noch dadurch getoppt, dass die Medien „das ganze Arsenal an Publikumsbeschimpfung“ auffahren würden, „um die demonstrierenden Bürger zu verleumden“. Hoffmann stellt sich an die Seite der Pegida-Gänger: „Die jahrelange Ignoranz und Feigheit der verantwortlichen Parteien haben Parallelgesellschaften, radikalisierte Religionsanhänger und eine völlig konzept- und ideenlose Einwanderungsmisere doch erst zugelassen und damit die Zustände geschaffen, wegen derer die Menschen nun zurecht aufbegehren.“

Der **Kreisverband Westthüringen** (Eisenach, Wartburgkreis, Unstrut-Hainich II) wird von der Vorsitzenden Ingrid Barbara Steffen, dem 1. Stellvertreter: Dittmar Engel und dem 2. Stellvertreter Markus Schäfer angeführt.¹³⁷ Der Abgeordnete Stefan Möller aus Erfurt unterhält in Eisenach ein Bürgerbüro.¹³⁸ Gegründet wurde der Kreisverband Mitte Januar 2014.¹³⁹ Öffentlich stellte sich der Kreisverband im Juni 2015 hinter einen Antrag, die Landtagsabgeordneten Siegfried Gentele, Oskar Helmerich und Jens Krumpe aus der Partei auszuschließen: Ihr Agieren sei „darauf ausgerichtet ist, die Partei zu spalten“. ¹⁴⁰

Unter rein quantitativen Gesichtspunkten ist die „Junge Alternative“ (JA), die sich auf Bundesebene um die Anerkennung als offizielle Nachwuchsorganisation der Partei bemüht (in Thüringen ist dieser Schritt Mitte März 2015 vollzogen worden¹⁴¹), zwar (noch) keine relevante Größe. Ihre Bedeutung gewinnt sie aber dadurch, dass ihre Mitglieder sich in manchen Bundesländern unentbehrlich gemacht haben, etwa durch zeitintensives Engagement in Wahlkämpfen oder durch organisatorische und technische Hilfestellung bei Parteitage. In einigen Bundesländern konnte die JA besondere Bedeutung gewinnen, wenn sie vor dem Hintergrund knapper Mehrheitsverhältnisse etwa einen Vorstand stützte oder umgekehrt gegen diesen Vorstand arbeitete. Nicht zuletzt wirkte die JA in der Endphase der Ära Lucke quasi wie ein Seismograf: So setzten sich Lucke-Gegner beim Nachwuchs durch, noch ehe Lucke selbst beim Essener Parteitag abgelöst wurde. In den Reihen der „Jungen Alternative“ zählt Thüringens AfD-Chef Höcke überdurchschnittlich viele Anhänger.

Der Thüringer JA-Landesverband wird von der Landtagsabgeordneten Wiebke Muhsal angeführt. Gewählt wurde sie bei einer Mitgliederversammlung am 17. Juli 2015 in Jena.¹⁴² Mit von der Partie war auch Höcke, der das Wahlergebnis mit Freude zur Kenntnis nahm: „Nach dem Abfall einiger Politikflöhe kann die JA in Thüringen jetzt befreit aufspielen.“¹⁴³

Mitte November 2014 waren beim Gründungstreffen der Thüringer JA Philipp Meyer und Marcel Thiel als Landesvorsitzende gewählt worden.¹⁴⁴ Mitte Januar 2015 war Meyer sogar zum Bundesvorsitzenden aufgestiegen.¹⁴⁵ Dabei hatte er sich gegen einen Vertreter des rechten Flügels durchgesetzt. Meyer gehörte zum Lager rund um Lucke. In einem Gespräch mit der „Thüringer Allgemeinen“ hatte er im Mai 2015 einen „destruktiven Prozess“ in der AfD beklagt, der an Fahrt gewinne. Dafür machte er vor allem „radikale Kräfte“ rund um Höcke verantwortlich. Bei der Wahl eines neuen Vorstands Ende Mai 2015 wurde Meyer durch Markus Frohnmaier und Sven Tritschler, die JA-Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg und NRW, abgelöst. Insbesondere Frohnmaier gilt als Parteirechter.¹⁴⁶



Politische Themenagenda

Familie/Gender Mainstreaming

Die AfD-Fraktion sieht sich als Verteidigerin der „klassischen Familie“, bestehend aus „Vater, Mutter und Kindern“. Als Thüringens Landesregierung im Mai 2015 eine Bundesratsinitiative startete, um mit einer Grundgesetzänderung homosexuellen Paaren die Eheschließung zu ermöglichen, veröffentlichte die AfD unter dem Titel „AfD fordert klassische Familie als gesellschaftliches Leitbild – Nein zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare“ eine Erklärung, in der ein solcher Vorstoß abgelehnt wurde.¹⁴⁷ Höcke er-

klärte, die Ehe zwischen Mann und Frau und die Familie stünden aus gutem Grund unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes: „Die Verbindung zwischen Mann und Frau ist die einzige, aus der Kinder hervorgehen können und nur unsere Kinder garantieren den Bestand unserer Gesellschaft und geben unserem Land eine Zukunft.“ Homosexuelle Paare seien durch die eingetragene Lebenspartnerschaft und die weiteren rechtlichen Angleichungen bereits abgesichert. Eine völlige Gleichstellung zur Ehe komme für die AfD nicht in Frage. Höcke: „Ungleiches kann man auch durch Gesetzesänderungen nicht gleichmachen.“ Die rot-rot-grüne Koalition achte „aus ideologischen Gründen in der Familienpolitik nur auf die Wünsche einer sehr kleinen, aber lauten Minderheit“. Viel wichtiger sei es jedoch, „die Familie mit Vater, Mutter und Kindern, die die Keimzelle unserer Gesellschaft ist, zu stärken“. Die AfD-Fraktion setze sich dafür ein, die „klassische Familie“ zum „politischen und gesellschaftlichen Leitbild zu erklären“. Höcke: „Es müssen sich wieder mehr Menschen für die Familie entscheiden. Nur dann wird

Viel wichtiger sei es jedoch, „die Familie mit Vater, Mutter und Kindern, die die Keimzelle unserer Gesellschaft ist, zu stärken“.

BJÖRN HÖCKE

es mehr Kinder in Deutschland geben und die demographische Katastrophe, auf die Deutschland zuschlittert, könnte zumindest abgefedert werden“, erklärte der AfD-Fraktionsvorsitzende.

Als „Familienzerstörungs- und -Verhinderungs-politik“ wertete die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wiebke Muhsal die Entscheidung der Thüringer Koalitionsregierung, das Landeserzie-

hungsgeld auslaufen zu lassen, um mit dem eingesparten Geld den Einstieg in ein beitragsfreies Kita-Jahr ab 2017 ermöglichen.¹⁴⁸ Einem MDR-Bericht zufolge warf sie Rot-Rot-Grün vor, die freie Entscheidung der Eltern über die Pflege ihrer Kinder aus ideologischen Gründen abzulehnen, da sie diesen misstrauten. Höcke sprach in diesem Zusammenhang von einer „staatlichen Bevormundung“. ¹⁴⁹ Muhsal betonte, man wende sich gegen eine „staatliche Zwangserziehung“: „Hier soll im Grunde die Erziehung von Kindern in Kindertageseinrichtungen mit rot-rot-grünem Bildungsplan inklusive Frühsexualisierung alimentiert werden, anstatt die Erziehung der Kinder bei ihren Familien zu fördern.“

Für „überflüssig“ hält die AfD-Fraktion das Amt der Gleichstellungsbeauftragten im Freistaat.¹⁵⁰ Entbehrlich sind nach Auffassung der AfD auch der

Ausländerbeauftragte und deren Generationenbeauftragte. Komplette lehnt die Fraktion die Ämter der Beauftragten nicht ab. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Möller: „So sehen wir den rechtlichen und tatsächlichen Bedarf für einen Datenschutzbeauftragten. Auch der Bürgerbeauftragte ist eine wichtige Institution zur Stärkung der Rückkopplung unserer Landespolitik an den Willen der Bürger.“

Auch eher symbolhafte Aktionen der Landesregierung für Toleranz stoßen auf den Widerstand der AfD. Die Ankündigung von Ministerpräsident Bodo Ramelow, zum Christopher Street Day die Regenbogenfahne vor der Thüringer Staatskanzlei zu hissen, kommentierte Höcke am 12. Juni 2015 mit den Worten, Ramelow verletze damit die „weltanschauliche Neutralitätspflicht“, zu der er durch sein Amt verpflichtet sei.¹⁵¹ Höcke: „Er macht sich damit zum Handlanger einer kleinen, aber lauten gesellschaftlichen Minderheit. Es ist kein symbolischer, sondern ein tragischer Akt, wenn der Thüringer Löwe abgehängt und eingewickelt wird, dafür die Regenbogenfahne aber ausgewickelt und gehisst wird. Statt Bewährtes zu bewahren und fortzuentwickeln, wie es eigentlich Aufgabe der Landesregierung wäre, macht sie Thüringen zum Experimentierfeld von Ideologen. Herr Ramelow kapituliert nicht nur vor dem Zeitgeist, sondern setzt sich auch noch an dessen Spitzel!“ Eineinhalb Wochen später legte der AfD-Fraktionschef noch einmal nach. Erneut ging es um das Hissen der Regenbogenfahne, konkret um eine Änderung der Flaggenverordnung, die es erlaubte, am Christopher-Street-Day an allen öffentlichen Gebäuden die Fahne aufzuziehen. Höcke erklärte: „Dass aus der Freiwilligkeit bald schon ein Pflichtprogramm wird, steht zu vermuten. Wer sich der Zirkusveranstaltung der Zeitgeistkastraten zu entziehen sucht, dürfte von den Berufsbetroffenen schon bald als intolerant und homophob stigmatisiert werden, was natürlich grober Unfug ist“.¹⁵² Unter der Regierung Ramelow degeneriere Thüringen „wie erwartet zum Experimentierfeld links-rot-grüner Menschheitsbeglückungsphantasien. Dabei werden selbige ohne Rücksicht auf Tradiertes und Bewährtes ausgelebt“.

Zuwanderung / Asyl / Kriminalität

Seit dem Einzug der AfD in den Thüringer Landtag bilden Zuwanderungs- und Asylpolitik, die Ablehnung offener Grenzen in Europa im Zuge des

Schengen-Abkommens und die Bekämpfung von Kriminalität einen Schwerpunkt der Fraktionsarbeit, wobei diese Themenkomplexe häufig argumentativ miteinander verknüpft werden.

Mehrere Diskussionsbeiträge des Fraktionsvorsitzenden Höcke aus dem Sommer 2015 machten deutlich, was dahintersteckt. So schrieb er am 21. August der AfD die Aufgabe zu, „nun auf den Straßen und Plätzen dieser Republik dauerpräsent [zu] sein“ und „unser Volk über die Hintergründe einer aus dem Ruder laufenden Einwanderungsdynamik auf[zuk]lären“.¹⁵³ „Alle Altparteien“ hätten über Jahrzehnte eine Politik betrieben, „die das finis germaniae jetzt wahrscheinlich werden lässt“. Höcke zitierte in diesem Zusammenhang eine eigene Formulierung, die er am Tag zuvor bei einer AfD-Veranstaltung in



Foto: AfD-Demo vom 21.10.2015 in Erfurt

Suhl gewählt hatte: „Die Altparteien – egal ob tiefrot, rot, grün oder schwarz – lösen unser Deutschland auf wie ein Stück Seife unter einem warmen Strahl Wasser!“ Gegen die „Deutschland-abschaffer“ brachte er als Alternative die AfD in Stellung, deren Konzepte sich durch „eine fundierte Ursachenanalyse, finales Denken und Zukunfts-willen“ auszeichnen würden. Höcke erinnerte an ein von seiner Fraktion vorgelegtes, umfangreiches Papier zur

Asyl- und Einwanderungspolitik. Es sei „die Grundlage einer deutlichen Ansage in diesem zentralen Politikfeld: 51 Prozent für die AfD = 100 Prozent Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern!“

Eine Woche später empfahl er Europa, „in den nächsten Monaten eine Grenzsicherung nach australischem Vorbild aufzubauen“. Wenn dies nicht gelinge, werde es „bald Militäreinsätze im Inland geben – für oder gegen was und wen auch immer“.¹⁵⁴

Insbesondere mit zwei Vorstößen machte die AfD-Fraktion von sich reden: zum einen mit ihrem im Juni 2016 vorgelegten „Positionspapier zur Asyl- und Zuwanderungspolitik“¹⁵⁵, zum anderen durch eine Normenkontrollklage beim Landesverfassungsgericht, die sich gegen einen Winterabschiebestopp¹⁵⁶ der

Landesregierung richtete.¹⁵⁷ Basis der Klage war ein Gutachten, das die Fraktion bei dem AfD-nahen Staatsrechtler Prof. Karl Albrecht Schachtschneider eingeholt hatte.¹⁵⁸

Schlagzeilen machte auch eine von der AfD beantragte aktuelle Stunde des Landtages Anfang Juli 2015 zum Thema „Religiösen Extremismus bekämpfen – damit Thüringen auch in Zukunft frei und sicher bleibt“. Begründet worden war der Wunsch nach dieser aktuellen Stunde mit der Gefahr durch religiösen Extremismus.¹⁵⁹ Einem Bericht der „Thüringer Allgemeinen“ zufolge warnte Höcke in seiner Rede: „Terroristische Schläfer in Thüringen, das ist die Realität.“ Solche „Schläfer“ würden sich als syrische Flüchtlinge tarnen.¹⁶⁰

Thüringens AfD warnt freilich nicht nur vor islamistischem Extremismus, sondern auch vor dem Islam an sich – jedenfalls in Deutschland. Es sei „klar, dass der Islam nicht zu Thüringen – also unseren Traditionen, unserer Kultur und unserer Lebensweise – gehört“, erklärte ihr parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Möller Mitte März 2015.¹⁶¹ Der Islam sei „seinem Wesen nach eine politische Theologie, die Religion, Kultur, Gesellschaft und Politik nicht getrennt betrachtet“. Eine liberale Reformströmung, die die Anschlussfähigkeit des Islam im Hinblick auf einen säkularen Staat, eine pluralistische Demokratie und ein durch die Aufklärung geprägtes Verständnis von Menschenrechten zum Ziel habe, sei selbst nach Einschätzung der Bundeszentrale für politische Bildung nicht erkennbar, so Möller. Eine Äußerung von Ministerpräsident Bodo Ramelow, dass der Islam sehr wohl zu Thüringen gehöre, bezeichnete Möller als „Wohlfühlbotschaft“, die „nichts mit der Realität zu tun“ habe.

**»Terroristische Schläfer
in Thüringen, das ist
die Realität.«**

BJÖRN HÖCKE

Pegida

Während die Kontakte der brandenburgischen und der sächsischen AfD zu den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ öffentlich weithin thematisiert wurden, stieß der Besuch einer Delegation der Thüringer Landtagsfraktion bei einer der Pegida-Aktionen am 12. Januar 2015 in Dresden auf weniger Resonanz. Tags darauf teilte die Fraktion mit, Höcke, Muhsal und Möller hätten „die Pegida und die Gegendemonstration

besucht, um mit den Demonstranten zu sprechen und sich selbst ein Bild zu machen“. ¹⁶² Das Fazit des Trios fiel erwartungsgemäß aus. Höcke erklärte: „Es ist für uns unverständlich, wieso die Altparteien und Medien gerade die Pegida-Demonstranten als Brandstifter und Schlimmeres verleumden. Historisch betrachtet waren es meist die Feinde der Demokratie, die glaubten, festlegen



Foto: AfD-Demo vom 21.10.2015 in Erfurt

zu dürfen, wer die Feinde der Demokratie seien.“ Muhsal befand: „Bei Pegida haben wir freundliche, friedliche und bürgerliche Spaziergänger gesehen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben. Dagegen haben sich die Gegendemonstranten als infantile, radikale und meist brüllende Masse entpuppt. Die Parolen wie „Eure Opas waren alles Nazis!“ waren abstrus

gewesen.“ Möller schließlich wurde mit der Aussage zitiert, die drei AfDler seien sich einig gewesen, dass die anwesenden Bürger_innen berechnete Anliegen und Sorgen äußerten. Blockadeversuche von Gegendemonstrant_innen kritisierte er einer Mitteilung der Fraktion zufolge „als Zeichen der Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen“.

Ihr Fraktionskollege Brandner hatte sich schon vier Wochen zuvor, am 17. Dezember 2014, demonstrativ hinter die Pegida-Anhänger gestellt: „Das sind keine ‚Nazis in Nadelstreifen‘, wie der Vorsitzende der Innenministerkonferenz Ralf Jäger, SPD, die Demonstranten beschimpft. Das sind, wie letzten Montag, rund 15.000 weit überwiegend ganz normale Bürger, die ihr Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrnehmen.“ ¹⁶³ Es könne nicht sein, „dass immer wieder über die Köpfe der Menschen in diesem Land hinwegentschieden wird und die Masse der Bevölkerung kaum eine Möglichkeit hat, Fehlentscheidungen und Irrsinn entgegenzutreten“. Brandner: „Das Thema der unkontrollierten Zuwanderung und fortschreitenden Islamisierung ist brandaktuell und bedarf eines schnellen Umdenkens und Handelns.“ Vielen Teilnehmern gehe es darum, „auch Kritik am Parteienfilz und dem Meinungsmonopol des GEZ-Fernsehens zu äußern und ihre Sorge um Identitätsverlust in die Öffentlichkeit zu tragen“.

Auch Höckes Nähe zu Pegida war in jenen Tagen deutlich geworden. In einem am 19. Dezember 2014 auf der Internetseite des neurechten Magazins „Sezession“ veröffentlichten Interview äußert er: „Ich würde mich freuen, wenn Pegida und AfD noch enger kooperierten.“¹⁶⁴ Wenn dies offiziell geschehe, verlangt das „allerdings etwas Disziplin seitens der Pegida-Initiatoren“. Manche Redeäußerungen in Dresden und anderswo seien eben nicht mit der gegenwärtigen AfD-Programmatik kompatibel. Gefragt nach einem Beispiel für eine solche Nicht-Kompatibilität, machte Höcke deutlich, dass es keineswegs die Rechtslastigkeit war, die ihn an Pegida störte. Höcke: „Die Thesen, die ich von Pegida kenne, sind vereinzelt unpräzise beziehungsweise erklärungsbedürftig und in der Gesamtschau nicht ganz konsistent. [...] Mit einer These wie ‚Pegida ist für sexuelle Selbstbestimmung‘ kann ich nichts anfangen. Drückt diese These nur die Selbstverständlichkeit aus, dass jeder Mensch in körperlichen Dingen nach seiner Façon selig werden soll oder ist das eine indirekte Kampfansage an die klassische Familie, die die AfD als Keimzelle von Staat und Volk anerkennt?“ Eine weitere Differenz: „Wenn sich Pegida ‚für die Erhaltung und den Schutz unseres christlich-jüdisch geprägten Abendlandes‘“ einsetzt, dann freut mich das einerseits, andererseits bemerke ich das Fehlen der antiken und germanischen Wurzeln desselben. Ich denke, es muss noch einmal nachgearbeitet werden.“

**„Ich würde mich freuen,
wenn PEGIDA und AfD
noch enger kooperierten.“**

BJÖRN HÖCKE

Zwei Wochen später setzte sich Höcke auf der Internetseite des Landesverbandes unter der Überschrift „Merkel wendet sich in Neujahrsansprache gegen das eigene Volk“ mit der Kritik auseinander, die die Bundeskanzlerin in ihrer Rede zum Jahreswechsel an Pegida geübt hatte.¹⁶⁵ „Das deutsche Volk ist ein gutherziges und barmherziges Volk, es ist ein hilfsbereites und tolerantes Volk, und es ist ein duldsames Volk. Die Pegida-Demonstranten sind Teil dieses Volkes“, erklärte Höcke. Die Unterstützer von Pegida würden die im Grundgesetz niedergelegten Freiheits- und Bürgerrechte „in vorbildlicher Art und Weise“ ausüben. Statt sich glücklich schätzen, solche Bürger zu haben, grenze die Bundeskanzlerin einen hervorragenden Teil des deutschen Volkes aus, nur weil sich dieser Sorgen um die Zukunft seines Landes mache. „Die Pegida-Schelke der Bundeskanzlerin zeige“, so hieß es auf der Internetseite der AfD Thüringen, „wie weit sich Frau Merkel von einem Volksempfinden entfernt habe, das im gesunden Menschenverstand

gründe.“ Höcke: „Die Deutschen werden munter, sie bemerken, dass ihre Gutmütigkeit ausgenutzt wird und ihnen wird gewahr, dass die Altparteien Toleranz predigen, aber Selbstaufgabe meinen. Die Altparteien lösen Deutschland auf, wie ein Stück Seife unter einem Strahl lauwarmen Wassers. Dieses seit Jahrzehnten abdaufende Projekt wird jetzt beendet.“

Während Pegida begrüßt wurde, lehnte die AfD Sügida ab. Ende Januar musste Heiko Bernardy, Mitarbeiter der Abgeordneten Herold, seinen Job aufgeben und zugleich von seinem Amt als Vorsitzender des Kreisverbandes Südthüringen zurücktreten.¹⁶⁶

Bernardy war am 26. Januar als Redner bei einer Sügida-Veranstaltung aufgetreten. Tags darauf hatte sich sein Kreisvorstand Südthüringen distanziert. Für den Vorstand sei „die Zusammenarbeit mit Kräften, die sich als extremistisch herausstellen, ausgeschlossen“.¹⁶⁷ Zugleich erinnerte das Gremium daran, dass man bereits Anfang Januar beschlossen habe, „dass es keine Zusammenarbeit mit den Organisatoren von Sügida geben wird“. Obwohl Bernardy zu Beginn seiner Rede gesagt habe, dass er dort als Privatperson auftrete, sei „den AfD-Mitgliedern klar, dass es eine solche Differenzierung nicht geben kann“.

Die Abgeordnete Herold, als deren Wahlkreismitarbeiter Bernardy beschäftigt war, erklärte, die AfD schließe eine Zusammenarbeit mit extremistischen Organisationen aus. Dies gelte insbesondere für AfD-Funktionsträger_innen und AfD-Mitarbeiter_innen.¹⁶⁸ Herold: „Sowohl die Teilnahme an der Veranstaltung als auch der Redebeitrag Herrn Bernardys waren weder von mir intendiert noch autorisiert. Vom Inhalt seiner Rede distanzieren mich hiermit ausdrücklich, die darin getätigten Aussagen widersprechen in Geist und Buchstaben meinen politischen Zielen und Wünschen. Daher sehe ich auch keine gemeinsame Basis mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und löse das Arbeitsverhältnis mit Herrn Bernardy mit sofortiger Wirkung auf.“

Unter den Mitgliedern gab es offenbar Kritik an der Distanzierung. Anfang Februar sah sich der südthüringische Vorstand zu einer Klarstellung veranlasst.¹⁶⁹ Die AfD schließe als „konservativ-liberale Partei“ eine Zusammenarbeit mit extremistischen Kräften aus: „Wir stehen zu den politischen Zielen und Inhalten der AfD und lassen es nicht zu, dass unsere Glaubwürdigkeit

durch derartige Äußerungen erschüttert wird.“ „Unser Kreisvorstand hat in seiner Sitzung am 7.1.2015 ausgiebig über Sügida diskutiert. Da bereits bekannt war, dass Sügida von Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum organisiert wurde, beschloss der Vorstand, keinerlei Zusammenarbeit mit dieser Bewegung und den Organisatoren einzugehen.“

Notifiziert wurde die Haltung der Thüringer AfD zu Pegida durch eine Erklärung, die Mitte März von einem Landesparteitag beschlossen wurde. Darin heißt es: „Der Parteitag der AfD Thüringen fordert nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung und die unbehinderte Versammlungsfreiheit, sondern stellt sich auch solidarisch hinter die Pegida-Bewegung und die Inhalte in den 10 veröffentlichten Thesen.“¹⁷⁰ Nicht Pegida sei „eine Schande für Deutschland, sondern das Fehlen des öffentlichen angemessenen Protestes angesichts des massenhaften Mordens, Vergewaltigens und Versklavens von Christen und Andersgläubigen im Namen des Islam heute“. Nicht Pegida sei „eine Schande für Deutschland, sondern die Ignoranz der Politiker, eine in Jahrhunderten erkämpfte freie und abendländisch kultivierte Zivilisation ohne Not aufs Spiel zu setzen und die friedliche Zukunft der nächsten Generationen zu opfern.“



Foto: AfD-Demo vom 21.10.2015 in Erfurt

Buchenwald / Geschichtspolitik

Eine Debatte, die das Geschichtsverständnis der AfD und insbesondere ihres Fraktionsvorsitzenden Höcke berührte, beschäftigte die Öffentlichkeit Ende Januar 2015. Es ging um die Frage, welcher Text auf der Schleife eines Kranzes stehen sollte, den die Fraktion zum Gedenktag für die NS-Opfer am 27. Januar in der Gedenkstätte Buchenwald niederlegen wollte.

Auf der Schleife hatte zunächst nach dem Willen der AfD-Fraktion stehen sollen: „Wir gedenken aller Opfer des Konzentrations- und Speziallagers

Buchenwald.“ Der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald, Volkhard Knigge, hatte diese Formulierung der „Thüringer Allgemeinen“ zufolge als „Schlag ins Gesicht“ für die KZ-Überlebenden bezeichnet.¹⁷¹ Mit ihr wären nicht nur die NS-Opfer in das Gedenken eingeschlossen gewesen, sondern auch die zumeist kleineren und mittleren NS-Funktionäre und -Mitläufer, die nach 1945 in dem sowjetischen Speziallager interniert waren. Die AfD schlug eine zweite Formulierung vor: „Wir gedenken aller Opfer des Lagers Buchenwald“. Auch sie wurde von der Gedenkstätte abgelehnt. Die AfD versuche, die Opfer gleichzusetzen, erklärte Knigge einem Bericht der „Thüringischen Landeszeitung“ (TLZ) zufolge.¹⁷² Knigge verwies auf das differenzierte Gedenken an beide Opfergruppen. Täter und Opfer des Nationalsozialismus in einer Kranzschleife gleichsetzend zu benennen, sei sachlich und ethisch falsch, sagte der Gedenkstätten-Direktor dem MDR.¹⁷³ „Es geht darum, ernst zu nehmen, dass es hier im sowjetischen Speziallager auch NS-belastete Internierte gegeben hat – neben den vielen nicht belasteten“, so Knigge. Höcke müsse dies als Geschichtslehrer eigentlich wissen. Die zweite Formulierungs-idee sei eine deutliche „Verschlimmbesserung“ der ersten Variante gewesen.

„Der Versuch der Skandalisierung ist einfach nur lächerlich“, entgegnete Höcke. „Selbstverständlich möchten wir den Millionen Opfern des Nationalsozialismus umfassend gedenken. Dieser Teil unserer Geschichte darf niemals vergessen werden. Das Lager Buchenwald ist aber auch ein Ort, an dem nach dem 8. Mai schreckliche Verbrechen begangen worden sind. Vor diesem Hintergrund erkennen wir eine gewisse Asymmetrie in der gegenwärtigen Erinnerungskultur.“¹⁷⁴

Schließlich entschied sich die AfD für den Aufdruck „In stillem Gedenken“. Stiftungsdirektor Volkhard Knigge sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Der Text ist eine absolute Leerformel“.¹⁷⁵ Er erfülle ihn mit „leisem Entsetzen“. Er beziehe keine eindeutige Stellung zur NS-Zeit und den Konzentrationslagern. Knigge warf der AfD „eine Flucht vor der Verantwortung“ vor. Er müsse aber diesen dritten Text akzeptieren, der selbst gegen alles zurückfalle, was es in der frühen bundesdeutschen Gedenkkultur gegeben habe.

Höcke meldete sich anschließend noch einmal zu Wort. Unter dem Titel „Der ‚Kranzskandal‘ oder warum der Reflex und die Hysterie nicht über den gesunden Menschenverstand siegen dürfen“ veröffentlichte er auf der

Internetseite der Fraktion einen Beitrag, in dem er den Historiker Knigge als „Hysteriker“ bezeichnete.¹⁷⁶ Mit der ersten Version des Schleifenaufdrucks („Wir gedenken aller Opfer des Konzentrations- und Speziallagers Buchenwald“) habe man „vor dem Hintergrund einer augenfälligen Asymmetrie in der bundesdeutschen Erinnerungskultur behutsam aufzeigen [wollen], dass die Vernichtung von unschuldigen Menschenleben nach dem 8. Mai weiterging und dass es keine Unterscheidung zwischen Opfern 1. und 2. Klasse geben dürfe.“ Für diesen „geschichtspolitischen Denkanstoß“ sei der AfD der Gedenkort Buchenwald „besonders geeignet“ erschienen. Höcke: „Mit diesem Impuls wollte die AfD-Fraktion keinesfalls der Erinnerung an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus in Frage stellen.“ Die AfD habe jedoch nicht ahnen können, „wie stark dieser Gedenktag in seinem konkreten Vollzug bereits formalisiert und ritualisiert worden ist“. Höcke beendete seinen Text mit den Sätzen: „Wir meinen: Wer echte Anteilnahme will, darf die Erinnerung nicht im Ritus ersticken. Nur aus dem Zusammengehen von Form und Inhalt entsteht ein Ding. Die leere Hülle muss bald ins Grab schon sinken.“

Über einen „rituellen Vollzug des deutschen Schuldkults“ klagte Höcke Ende August 2015 in einem Beitrag auf seiner Facebookseite.¹⁷⁷ Folgt man seiner Argumentation, wird die deutsche Geschichte gegen eine Politik, wie sie seine Partei befürwortet, instrumentalisiert. Höcke: „Eigentlich hätte in der Asyl- und Einwanderungsdebatte die Ideologie schon längst vor der Realität kapitulieren müssen. Und tatsächlich befinden sich die regierenden Buntmenschen in Thüringen und in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar in der Defensive. Aber es gibt eine letzte, sehr gut ausgebaute Auffanglinie – die deutsche Vergangenheit.“ Weil „im deutschen Namen“ ein Völkermord verübt worden sei, müssten die heute lebenden Deutschen ihre Interessen zurückstellen – „und zwar wenn nötig bis zur Selbstaufgabe“. Er sei hingegen der Meinung: „Diejenigen, die die Zukunft unseres Landes der Vergangenheit opfern wollen, sollten selbiges verlassen!“¹⁷⁸

Abgelehnt wird von der AfD die von der rot-rot-grünen Koalition vorgeschlagene Einführung eines Gedenktages am 8. Mai. Seine Fraktion sei „gegen eine überbordende staatliche Gedenkvorgabe, die droht, zu einer Gedenktagsinflation zu führen“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stephan Brandner, nachdem der Innenausschuss des Parlaments

Anfang September 2015 für den Gedenktag votiert hatte.¹⁷⁹ „Es wird – auf die Menschheitsgeschichte zurückblickend – wohl kaum einen Tag im Jahreskreis geben, an dem es nichts zu gedenken gibt“, begründete Brandner seine Ablehnung. Im Übrigen sei das Gedenken „eine sehr private Sache, in die sich der Staat nicht einschalten und Vorgaben machen“ solle. Die Sicht von Rot-Rot-Grün auf den 8. Mai „als ein Tag der ausschließlichen Befreiung“ sei „historisch gesehen auch kurzsichtig“. Brandner: „Nach dem 8. Mai 1945 gingen das Elend in Europa und der Krieg in der Welt, nämlich im pazifischen Raum, weiter. Viele Millionen Deutsche wurden brutal aus Mittel- und Osteuropa vertrieben, wobei es noch Millionen von Toten und Opfern gab. In Thüringen schloss außerdem ein Unrechtsregime an das nächste an.“

Überschneidungen mit Themen der Neuen Rechten

Höckes politische Agenda und Wortwahl ähnelt auffällig der Neuen Rechten. Mit Götz Kubitschek, dem Herausgeber der Zeitschrift „Sezession“ und Kopf des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), verbindet ihn eine offenbar langjährige Freundschaft.¹⁸⁰ Medien der Szene – neben der Sezession auch dem Online-Magazin „Blaue Narzisse“ – gab er ausführliche Interviews. Glaubt man dem inzwischen aus der Erfurter AfD-Fraktion ausgetretenen Landtagsabgeordneten Oskar Helmerich, sollte die Freundschaft zwischen Höcke und Kubitschek sogar in einer finanziellen Unterstützung münden. Höcke habe erklärt, dass Kubitscheks Verlag „unterstützt werden müsse von der Fraktion, mit mehreren tausend Euro monatlich“, sagte Helmerich im Gespräch mit dem ZDF-Magazin „Frontal 21“.¹⁸¹

Geld ist aber offenbar letztlich nicht geflossen. Stefan Möller, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion und Co-Sprecher von Höcke im Landesverband, räumte zwar ein, man habe „Möglichkeiten der Zusammenarbeit“ mit dem IfS erörtert – etwa die Vergabe von Aufträgen für Gutachten –, zu einer „entsprechenden Zusammenarbeit“ sei es aber nicht gekommen. Kubitschek deutete nach dem ZDF-Bericht rechtliche Schritte an: Das Ganze werde „nun juristisch fixiert werden“. Weder sein Institut noch sein Verlag oder die Sezession hätten „bisher von irgendeiner AfD-Stelle auch nur einen Cent erhalten“. Das freilich hatte Helmerich auch überhaupt nicht behauptet.

Die Überlegungen, Kubitschek etwas Gutes zu tun, wurden der ZDF-Recherche zufolge bei einer Tagung der AfD-Fraktion mit anschließender Weihnachtsfeier im vergangenen Dezember angestellt, die auf dessen Rittergut Schnellroda stattfand. Wenige Wochen später beschäftigte sich die Fraktion indirekt erneut mit dem Thema IfS. In einer Sitzung des Fraktionsvorstands am 7. Januar ging es um die Personalie Andreas Lichert.¹⁸² Der gebürtige Bad Homburger schreibt für die Sezession und ist seit zehn Jahren in der Führung des IfS tätig. Seine Anstellung als Referent der Fraktion wurde zwar mit zwei zu drei Stimmen abgelehnt, doch votierte der Vorstand laut Protokoll mit drei Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, dafür, ihm einen „Honorarvertrag in Vollzeit“ zu geben. Als Tätigkeitsfeld sollte „eventuell Projektarbeit zu dem Arbeitskreis Asyl/Zuwanderung“ in Frage kommen. Der Versuch, Lichert bei der Fraktion zu beschäftigen, scheiterte aber letztlich offenbar eine Woche später, als die inzwischen aus der Partei ausgetretenen Abgeordneten Oskar Helmerich, Siegfried Gentele und Jens Krumpe ein „Veto“ einlegten, wie es im Protokoll der Fraktionssitzung vom 14. Januar heißt.





Ausblick

Seit ihrer Gründung hat die AfD einen stetigen Rechtsruck vollzogen. Entstanden als Anti-Euro-Partei, erweiterte sie ihr politisches Agenda-Setting auf das Einwanderungsthema und vollzog in Teilen eine Anlehnung an die Proteste der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida).¹⁸³ Nach der erfolgten Abspaltung von ALFA steht die AfD unter ihrer neuen Vorsitzenden Petry sowohl politisch wie auch personell vor neuen Herausforderungen. Bislang erreichte die AfD ihre Zustimmungsraten dadurch, dass sie neoliberale, nationalkonservative und offen neurechte politische Milieus gleichermaßen repräsentieren konnte.¹⁸⁴ Zwar zeigt die Wahl von Jörg Meuthen als Vertreter des Lucke-nahen Flügels zum Co-Sprecher von Petry, dass die neue AfD das wirtschaftsliberale Milieu nicht der ALFA überlassen will. Inhaltlich jedoch offenbart der neue AfD-Kurs die inhaltliche Orientierung auf Themen wie Familien- und Asylpolitik mit populistischer Ausrichtung.¹⁸⁵ So erklärte Thüringens AfD-Vorsitzender Björn Höcke auf seiner Facebookseite: „Wenn es Europa nicht gelingt, in den nächsten Monaten eine Grenzsicherung nach australischem Vorbild aufzubauen, wird es bald Militäreinsätze im Inland geben – für oder

gegen was und wen auch immer.“¹⁸⁶ In vergleichbar rechtspopulistischem Duktus begrüßte Brandenburgs AfD-Vorsitzender Gauland die Errichtung von Grenzzäunen durch die rechte ungarische Regierung.¹⁸⁷ Die Anzeichen verdichten sich deshalb, dass die AfD im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte ihren rechtspopulistischen Kurs weiter radikalisiert. Ein treibender Motor dieses Kurses ist der Thüringer AfD-Landesverband. Nachdem der AfD-Bundesvorstand das Amtsenthebungsverfahren gegen Björn Höcke fallengelassen hatte, scheint der AfD-Fraktionsvorsitzende jegliche Hemmungen gegenüber der politischen Öffnung nach Rechtsaußen verloren zu haben. So kündigte die neurechte Zeitschrift Sezession Höcke als Referenten

auf der Herbsttagung des Instituts für Staatspolitik am 21. November 2015 an, die unter das Motto „Ansturm auf Europa“ gestellt wurde. Als weitere Referenten werden neben dem Staatsrechtler Karl

„Geschäft mit der Angst“

EDUARD MANONI

Albrecht Schachtschneider auch der rechte Querfront-Publizist Jürgen Elsäßer und der Sezessions-Herausgeber und Pegida-Redner Götz Kubitschek genannt.¹⁸⁸ Ein solcher Auftritt eines Landesvorsitzenden der AfD kann als deutliches Signal an die neue und die extreme Rechte verstanden werden in dem Sinne, dass sich die Türen der AfD nun auch für dieses politische Klientel öffnen. Damit offenbart sich weiter, dass die Thüringer AfD einen Schulterchluss mit Rechtsaußenvertretern der AfD in anderen Bundesländern wie dem Vorsitzenden der Patriotischen Plattform aus Sachsen, Hans-Thomas Tillschneider, oder André Poggenburg, AfD-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt, vollzogen hat. Das Rechtsaußenspektrum der AfD, das sich im innerparteilichen Netzwerk „Der Flügel“ gesammelt hat, fordert nun offensichtlich von der neuen Parteivorsitzenden Petry eine politische Gegenleistung dafür ein, dass es ihr zur Macht verholfen hat. Damit droht unter dem Dach der AfD erstmals seit Jahrzehnten eine vergleichbare Sammlung und bundesweite Ausdehnung einer rechtspopulistisch/rechtsradikalen Formation, wie es 1983 die damaligen rechtsradikalen „Republikaner“ dargestellt haben.¹⁸⁹

Die besondere Gefahr einer solchen drohenden Entwicklung liegt in deren potenzieller Anschlussfähigkeit an ein politisch heterogenes „Wutbürgertum“, das im Kontext der aktuellen Flüchtlingskrise an Zulauf gewinnt. Hier spielt Höcke als AfD-Landesvorsitzender nicht nur auf der parlamentarischen Ebene eine besondere Rolle, sondern zugleich als politischer

Agitator auf der Straße. So mobilisierte er zu Demonstrationen in Erfurt unter dem Motto „gegen die Asylpolitik“.

In einer seiner Demonstrationsreden behauptete Höcke, er kenne „kein Land in der Welt, wo die Eliten des Landes die Interessen des eigenen Volkes so mit Füßen treten wie in der Bundesrepublik Deutschland“¹⁹⁰ Höcke unterfüttert dabei seine populistische Elitenkritik mit Drohkulissen im Kontext der Asylpolitik und völkisch verklausulierten Untergangsprophezeiungen: „Seit Jahrzehnten betreiben die Altparteien eine Politik, die auf Auflösung unseres Landes hinführt.“¹⁹¹ Diese emotionale Mobilisierung von Abwehrhaltungen gehört zur Propagandatechnik des europäischen Rechtspopulismus. Der

österreichische FPÖ-Nationalratsabgeordnete Eduard Manoni bezeichnete in einem Interview diese Strategie einmal offenherzig als „Geschäft mit der Angst“. Wie sich Höcke eine solche Mobilisierung vorstellt, erläuterte er in einer Rede in Berlin zur politischen Strategie der AfD: „Wir machen die Angstbürger zu Mutbürgern, indem wir ihnen zeigen, dass es eine starke und gut begründete Ablehnung des historisch einmaligen Asylexperiments



Foto: Gegendemo zur AfD-Demo vom 21.10.2015 in Erfurt

gibt!“¹⁹² Laut Höcke müsse „man den Mut haben, die Menschen zu emotionalisieren“, dann „brennen nämlich diese Menschen: sie brennen, sie werden entzündet.“¹⁹³

Im Landtag vollzieht die AfD-Fraktion eine Form politischer Inszenierung, die weniger auf realpolitische Gestaltung, als vielmehr auf rechtspopulistische Selbstinszenierung und Dauerprovokation ausgerichtet ist. Entsprechend äußerte sich Höcke in seiner Grundsatzrede zur politischen Strategie seiner Partei: „Die Parlamentsarbeit ist natürlich auch wichtig, aber sie bringt uns im Moment keinen Schritt weiter. Deshalb habe ich meiner Fraktion auch den Auftrag erteilt: Raus auf die Straße!“¹⁹⁴ In seiner neuen Rolle als rechter Straßenagitator scheint sich der Thüringer AfD-Landesvorsitzende derart bestätigt zu fühlen, dass er dazu anregt, eine „Massendemonstration vor dem Bundeskanzleramt durchzuführen“. O-Ton Höcke weiter: „Diese

durchgeknallte, Deutschland abschaffende Kanzlerin muss weg!“¹⁹⁵ Durch derartige Inszenierungen wird zugleich der Anspruch Höckes auf mehr gesamtpolitischen Einfluss innerhalb der AfD-Führungsspitze offensichtlich. Zumindest inhaltlich scheint diese politische Stoßrichtung in der Führungsspitze der AfD Entsprechung zu finden. So gratulierte die AfD-Bundessprecherin Frauke Petry der rechtspopulistischen FPÖ zu deren Wahlsieg in Oberösterreich.¹⁹⁶ Auch der NRW-Landesvorsitzende der AfD, Marcus Pretzell, reihte sich in die Schar der AfD-Gratulanten ein. Auf der AfD-Homepage erklärte Pretzell, der die AfD auch im EU-Parlament vertritt: „Dieser Wahlsieg reiht sich in die Erfolgsserie derjenigen Parteien ein, die für vernünftiges Handeln stehen und den Mut besitzen, Themen anzusprechen, die andere Parteien verschleiern oder schön reden.“¹⁹⁷ Hiermit wird ersichtlich, dass der von der AfD Thüringen beschrittene Kurs hin zu einer rechtspopulistischen Fundament-



Foto: Gegendemo zur AfD-Demo vom 21.10.2015 in Erfurt

talopposition von der AfD-Bundesspitze trotz Bedenken gegenüber dem Gebaren Höckes als rechter Agitator inhaltlich Anklang zu finden scheint. Offen bleibt aber noch, ob die AfD-Führung seinem Ratschlag folgt, eine Großdemonstration vor dem Kanzleramt zu organisieren. Unabhängig davon hat sich das Verhältnis zwischen dem Vorstand auf Bundesebene und der AfD Thüringen merklich entspannt. In der Ära Lucke herrschte Konfrontation vor, die in der maßgeblich von Höcke initiierten „Erfurter Resolution“ und umgekehrt in der Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gegen Höcke gipfelte. Unter der Regie von Parteisprecherin Frauke Petry, die bei ihrer Wahl auf die Stimmen jener angewiesen war, die die „Erfurter Resolution“ unterstützt hatten, ist das Ordnungsverfahren obsolet geworden; und umgekehrt sieht sich Höcke angesichts der nach rechts gerückten Partei nicht mehr gezwungen, auf schroffe Auseinandersetzungen gegenüber dem Parteivorstand zu setzen.

Zwar bleiben Differenzen, doch die Konfrontation wurde durch eine Koexistenz ersetzt. Und in größeren Teilen der Partei wird die thüringische AfD gar mit ihrer konfrontativen Arbeit im Landtag und aktuell mit ihrer Orientierung

auf den Protest auf der Straße als Vorreiter und Modell einer noch deutlicher rechtspopulistisch orientierten Formation begriffen.

Sollten solche Politikangebote, wie sie die AfD Thüringen präsentiert, vor dem Hintergrund steigender Politikverdrossenheit und fortdauernden Debatten über Probleme mit Einwanderung an breitere sozial deklassierte Milieus Anschluss erhalten, droht die Etablierung eines deutschen Pendants zur rechtspopulistischen FPÖ in Österreich. Auch wenn aktuelle Prognosen der AfD nicht ein quantitativ vergleichbares Wählerpotenzial wie der FPÖ zu trauen, droht die mögliche Verankerung einer Partei, die sich im politischen Grenzbereich zwischen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bewegt.

Hinsichtlich der AfD-Politik in Thüringen ist feststellbar, dass mittels demagogischer Propaganda einheimische gegen zugewanderte Bevölkerungsteile aufgewiegelt werden. Dies stellt demokratische Akteure sowohl im parlamentarischen wie auch im außerparlamentarischen Rahmen vor neue Herausforderungen. Hierzu können existierende Handreichungen zum Umgang mit rechten Aktivitäten vor Ort wertvolle Hilfen darstellen.¹⁹⁸ Auch speziell zum Umgang mit der AfD gibt es hilfreiche Hinweise.¹⁹⁹ Da die AfD mittels sozialer Demagogie auch einen Einbruch in linke und gewerkschaftliche Wählermilieus erzielt hat, sind gerade dort Aufklärung und Auseinandersetzung notwendig. Erste Ansätze, in Gewerkschaftskreisen den instrumentellen Charakter einer solchen rechtspopulistischen Agitation zu demaskieren,²⁰⁰ sollten fortgeführt und vertieft werden.

Um die längerfristigen Auswirkungen und Mobilisierungsressourcen der AfD auf Länderebene einer tiefgehenden Analyse unterziehen und daraus empirisch gestützte Handlungsanforderungen ableiten zu können, sind weitere Studien zur realpolitischen Praxis der AfD vonnöten.

Quellen

¹ Björn Höcke: Rede auf der auf der „2. Erfurter AfD-Demo gegen die BRD-Asylpolitik“, vom 23.9.2015, https://www.youtube.com/watch?v=Vp4OMYIbU_s, abgerufen am 28.9.2015

² Bernd Lucke: Rede auf dem Gründungsparteitag von ALFA-Baden-Württemberg, vom 24.8.2015, <http://bernd-lucke.de/rede-gruendungsparteitag-alfa-baden-wuerttemberg/>, abgerufen am 25.8.2015

³ Severin Weiland: Äußerungen zur NPD: AfD-Vorstand will Höckes Amtsenthebung, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bjoern-hoecke-soll-seines-amtes-enthoben-werden-a-1033360.html>, abgerufen am 12.5.2015

⁴ Parteiinternes Verfahren gegen AfD-Landeschef Björn Höcke vom Tisch, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Parteiinternes-Verfahren-gegen-AfD-Landeschef-Bjoern-Hoecke-vom-Tisch-306382552>, abgerufen am 13.9.2015

⁵ Vgl. Susanne Martino: Die „Neue Rechte“ in der „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, Frankfurt a.M. 1992

⁶ Vgl. Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekas: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa, Opladen 1990

⁷ Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 66

⁸ So der Titel eines Buches zur Neuen Rechten (Forum für kritische Rechtsextremismusforschung und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung (Hrsg.): Diffusionen. Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen, Dresden 2007)

⁹ Vgl. Roland Roth: Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Berlin 2010, S. 14f.; Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010, S. 18

¹⁰ Vgl. Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster: Die extreme Rechte. Einleitende Bemerkungen, in: dies. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 9; Benno Hafeneger/Sven Schönfelder: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommunale und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 15f.; Gideon Botsch: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012

- ¹¹ Siehe Helmut Kellershohn, Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffserklärung, in: Siegfried Jäger u.a., Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998, S. 27
- ¹² Vgl. ebd., S. 27f.
- ¹³ Oskar Niedermayer: Wahlerfolge ethnozentristisch-autoritärer Parteien in Deutschland. In: Stephan Braun/Daniel Hörsch: Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden 2004, S. 58
- ¹⁴ Karin Priester: Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden 2008, S. 20
- ¹⁵ Jean-Yves Camus: Neue Aspekte der radikalen Rechten. In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog, Nr. 8/2011, S. 94
- ¹⁶ Zur Definition der hier verwendeten Begrifflichkeiten s. Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal und Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015, S. 22ff.
Aus dieser Publikation haben wir die folgenden Abschnitte zum Begriff des Rechtspopulismus übernommen.
- ¹⁷ Dieter Plehwe: Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die neue europäische Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, Seite 69
- ¹⁸ Vgl. Nico Lange/Theresa Saetzler: Die neue Partei „Alternative für Deutschland“. Entstehung, Programm und Bewertung. Parteienmonitor aktuell, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2013, S. 11
- ¹⁹ David Bebnowski/Julika Förster: Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, OBS-Arbeitspapier Nr. 14, Frankfurt a.M. 2014 (Hrsg. von der Otto Brenner Stiftung)
- ²⁰ Karl-Rudolf Korte: Alternative für Deutschland (AfD). Parteiprofil, unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180972/afd>, abgerufen am 20.5.2014
- ²¹ Vgl. unter anderem Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten „Mut“-Bürger, 2015 a.a.O.; Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2015 (i.E.)
- ²² Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern der Friedrich-Ebert-Stiftung: Auf rechtem Kurs? Die Alternative für Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern, Februar 2015, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/schwerin/11239.pdf>, abgerufen am 2.8.2015

- ²³ Christoph Kopke/Alexander Lorenz: „Wenn ich benenne, was Menschen umtreibt, bin ich Demokrat.“ Der Wahlkampfauftritt der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg. Oktober 2014 im Auftrag der Partei Die Linke, Landesverband Brandenburg, http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Newsletter/AFD-Studie_Endfassung_Aktualisiert__14.11.14.pdf, abgerufen am 1.9.2015
- ²⁴ Andreas Kemper: „... DIE NEUROTISCHE PHASE ÜBERWINDEN, IN DER WIR UNS SEIT SIEBZIG JAHREN BEFINDEN“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2015
- ²⁵ Andreas Kemper: Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster 2013
- ²⁶ Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen: Bundestagswahl 2013 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=BW&WJahr=2013&zeigeErg=Land>, abgerufen am 18.7.2015
- ²⁷ Bundeswahlleiter: Bundestagswahlen 2013 – Ergebnisse – Landesergebnisse, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/landesergebnisse/, abgerufen am 18.7.2015
- ²⁸ Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen: Bundestagswahlen 2013 – Wahlanalyse, http://www.wahlen.thueringen.de/Bundestagswahlen/2013/Wahlanalyse_B13.pdf, abgerufen am 18.7.2015
- ²⁹ Thüringer Landesamt für Statistik: Zahlen – Daten – Fakten, Bundestagswahl in Thüringen am 22. September 2013, http://www.statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2013/29406_2013_01.pdf, abgerufen am 18.7.2015
- ³⁰ Anzeige der AfD auf der Titelseite der „Kleine NZ – Kleine Nordhäuser Zeitung“ vom 28. August 2013
- ³¹ AfD Thüringen: Danke für den großen Erfolg, vom 28.9.2013, <http://afd-thueringen.de/2013/09/danke-fur-den-grossen-erfolg/>, abgerufen am 22.8.2015
- ³² AfD Thüringen: Rückblick und Ausblick – Erklärung des Landesvorstands der AfD Thüringen, vom 2.10.2013, <http://afd-thueringen.de/2013/10/rueckblick-und-ausblick-erklaerung-des-landesvorstands-der-afd-thueringen/>, abgerufen am 23.8.2015
- ³³ Bundeswahlleiter: Europawahlen – 2014 – Ergebnisse – Landesergebnisse – Thüringen, http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/landesergebnisse/116/, abgerufen am 18.7.2015

- ³⁴ Harald Hagn: Die Europawahl 2014 in Thüringen, in: Thüringer Landesamt für Statistik: Aufsätze aus den Monatsheften – Juni 2014, <http://www.statistik.thueringen.de/analysen/Aufsatz-06a-2014.pdf>, abgerufen am 18.7.2015
- ³⁵ Bundeswahlleiter: Europawahlen – 2014 – Ergebnisse – Landesergebnisse, http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/landesergebnisse/, abgerufen am 18.7.2015
- ³⁶ AfD Thüringen: Alternative für Deutschland erreicht 7,4 Prozent in Thüringen. Danke!, vom 26.5.2014, <http://afd-thueringen.de/2014/05/alternative-fuer-deutschland-erreicht-74-prozent-in-thueringen-danke/>, abgerufen am 22.8.2015
- ³⁷ Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen: Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 2014 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=KW&wJahr=2014&zeigeErg=WK>, abgerufen am 18.7.2015
- ³⁸ Thüringer Landesamt für Statistik: Zahlen – Daten – Fakten – Kommunalwahlen in Thüringen am 25. Mai 2014, http://www.statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2014/29426_2014_01.pdf, abgerufen am 11.9.2015
- ³⁹ AfD Ilmkreis-Gotha: Europawahlen 25. Mai/AfD will ein anderes Europa, vom 5.5.2014, <http://afd-ilmkreis-gotha.de/2014/05/05/europawahlen-25-mai-afd-will-ein-anderes-europa/>, abgerufen am 1.8.2015
- ⁴⁰ Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen: Landtagswahl 2014 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land>, abgerufen 19.7.2015
- ⁴¹ Landeswahlleiter im Freistaat Thüringen: Landtagswahl 2014 in Thüringen – endgültiges Ergebnis – Wahlkreise – Landesstimme – Stimmenanteile, http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=SORTWK&auswertung=1&wknr=&gemnr=&terrKrs=&gemteil=000&buchstabe=&Langname=&wahlvorschlag=&sort=&druck=&XLS=&anzahlH=&Nicht_existierende=&optik=&aktual=&ShowLand=&ShowWK=&ShowPart=&erst_zweistst=z&SortSpalte=17&Richtung=ab&SortVergleich=&SortSitze=&SortSitzeVgl=&SortStimmen=&schmaler=&WeitereParteien=,
- ⁴² Thüringer Landesamt für Statistik: Zahlen – Daten – Fakten – Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 – Repräsentative Wahlstatistik für Frauen und Männer nach Altersgruppen, http://www.statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2014/29416_2014_01.pdf, abgerufen am 11.9.2015

- ⁴³ MDR: Wahlstatistik – Wenn Wähler wandern, http://www.mdr.de/thueringen/wahlen-politik/landtagswahl-2014/waehlerwanderung-thueringen100_zc-5a2644dc_zs-3b80d1c4.html, abgerufen am 19.7.2015
- ⁴⁴ infratest dimap: AfD-Wähler wählen die Partei nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien – Wahlanalyse zu den Landtagswahlen, vom 16.9.2014, http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/20140916_Infratest_dimap_LTW14_AfD_01.pdf, abgerufen am 19.7.2015
- ⁴⁵ Gemeint sind die Landesparlamente in Thüringen und Brandenburg. In Brandenburg wurde ebenfalls am 14. September 2014 gewählt
- ⁴⁶ Forschungsgruppe Wahlen: Landtagswahl in Thüringen, http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Thue_2014.pdf, abgerufen am 19.7.2015
- ⁴⁷ AfD Thüringen: Sensationelles Wahlergebnis der AfD in Thüringen, vom 15.9.2014, <http://afd-thueringen.de/2014/09/sensationelles-wahlergebnis-der-afd-in-thueringen/>, abgerufen am 23.8.2015
- ⁴⁸ AfD Thüringen: Gründung des Landesverbandes Thüringen der Alternative für Deutschland am 27.4.2013, vom 27.4.2013, <http://afd-thueringen.de/2013/04/gruendung-des-landesverbandes-thuringen-der-alternative-fur-deutschland-am-27-04-2013/>, abgerufen am 28.8.2015
- ⁴⁹ AfD Thüringen: PROTOKOLL ZUR GRÜNDUNG DES LANDESVERBANDS, http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2013/06/20130427_LV_Protokoll.pdf, abgerufen am 28.8.2015
- ⁵⁰ AfD Thüringen: Rückblick und Ausblick – Erklärung des Landesvorstands der AfD Thüringen, vom 2.10.2013, <http://afd-thueringen.de/2013/10/rueckblick-und-ausblick-erklaerung-des-landesvorstands-der-afd-thueringen/>, abgerufen am 23.8.2015
- ⁵¹ AfD Thüringen: Außerordentlicher Bundesparteitag der AfD vom 4. und 5. Juli 2015 in Essen, vom 20.6.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/06/ausserordentlicher-bundesparteitag-der-afd-vom-04-und-5-juli-2015-in-essen/>, abgerufen am 22.8.2015
- ⁵² Bundeswahlleiter: Alternative für Deutschland, http://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Alternative_fuer_Deutschland.pdf, abgerufen am 10.2.2015
- ⁵³ Alternative für Deutschland: Wahlprogramm, Parteitagsbeschluss 14.4.2013, https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Wahlprogramm-BTW-2013-kurz.pdf, abgerufen am 10.2.2015

- ⁵⁴ Alternative für Deutschland Thüringen: Aufbruch für Thüringen – Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf , veröffentlicht am 11. Juli 2014, zuletzt abgerufen am 19.1.2015
- ⁵⁵ Debes, Martin: Die AfD: Von der Chaostruppe zur Landtagspartei?, in Ostthüringer Zeitung, 19.8.2014, <http://www.otz.de/web/zgt/leben/blaulich/detail/-/specific/Die-AfD-Von-der-Chaostruppe-zur-Landtagspartei-589487143>, abgerufen am 21.2.2015
- ⁵⁶ AfD Kreisverband Mittelthüringen: Unsere Ziele zur Kommunalwahl 2014, vom 20.5.2014, <http://afd-mittelthueringen.de/2014/05/20/unsere-ziele-zur-kommunalwahl-2014/>, abgerufen am 25.7.2015
- ⁵⁷ AfD Kreisverband Mittelthüringen: AfD im Kreistag Weimarer Land, vom 12.11.2014, <http://afd-mittelthueringen.de/2014/11/12/afd-im-kreistag-weimarer-land/>, abgerufen am 25.7.2015
- ⁵⁸ AfD Kreisverband Mittelthüringen: Aus dem Kreistag Weimarer Land: Haushaltsberatung 2014, vom 28.11.2014, <http://afd-mittelthueringen.de/2014/11/28/aus-dem-kreistag-weimarer-land-haushaltsberatung-2015/>, abgerufen am 25.7.2015
- ⁵⁹ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Höcke, Björn, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81778/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015
- ⁶⁰ Zum Begriff der „Neuen Rechten“ s. näher Kap. 1
- ⁶¹ Tomas Sager: Unüberhörbar rechte Töne, in: blick nach rechts, vom 31.7.2014, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/unueberhoerbar-rechte-toene>, abgerufen am 29.11.2014
- ⁶² Rainer Roeser: Türöffner nach rechts, in: blick nach rechts, vom 16.10.2014, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/t-r-ffner-nach-rechts>, abgerufen am 29.11.2014
- ⁶³ Johannes Schüller: Die AfD als identitäre Kraft, in: Blaue Narzisse, vom 13.8.2014, <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4820-afd-als-identitaere-kraft>, abgerufen am 14.2.2015
- ⁶⁴ Götz Kubitschek: Björn Höcke, Stefan Scheil und die AfD – ein Doppelinterview, in: Sezession im Netz, vom 15.10.2014, <http://www.sezession.de/46828/bjoern-hoecke-stefan-scheil-und-die-afd-ein-doppelinterview-1-teil.html>, abgerufen am 14.2.2015

- ⁶⁵ Erfurter Resolution: Die „Erfurter Resolution“ – Wortlaut und Erstunterzeichner, vom 14.3.2015, <http://derfluegel.de/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/>, abgerufen am 8.8.2015
- ⁶⁶ Rainer Roeser: Barbarossas Geist für die AfD, in: blick nach rechts, vom 4.6.2015 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/barbarossas-geist-f-r-die-afd>, abgerufen am 9.8.2015
- ⁶⁷ Andreas Kemper: Wieviel NPD hockt in der AfD?, vom 15.3.2015, <https://andreas-kemper.wordpress.com/2015/03/15/wieviel-npd-hockt-in-der-afd/>, abgerufen am 11.9.2015, und Andreas Kemper: „Je suis Landolf Ladig“?! Zu den NPD-Bekenntnissen der AfD, vom 2.5.2015, <https://andreaskemper.wordpress.com/2015/05/02/je-suis-landolf-ladig-zu-den-mpd-bekenntnissen-der-afd/>, abgerufen am 11.9.2015
- ⁶⁸ AfD Thüringen: Offener Brief an AfD-Bundesvorstand und AfD-Mitglieder, vom 29.4.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/04/offener-brief-an-afd-bundesvorstand-und-afd-mitglieder/>, abgerufen am 22.8.2015
- ⁶⁹ Andreas Kemper: „... DIE NEUROTISCHE PHASE ÜBERWINDEN, IN DER WIR UNS SEIT SIEBZIG JAHREN BEFINDEN“ Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD), Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2015, S. 77
- ⁷⁰ Michael Backfisch: Thüringer AfD-Chef Höcke distanziert sich nicht von der NPD, in: Thüringer Allgemeine, vom 6.5.2014, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Thueringer-AfD-Chef-Hoecke-distanziert-sich-nicht-von-der-NPD-1797819952>, abgerufen am 9.8.2015
- ⁷¹ Rainer Roeser: AfD-Streit eskaliert, in: blick nach rechts, vom 13.5.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-streit-eskaliert>, abgerufen am 8.8.2015
- ⁷² AfD Thüringen: Mitgliederbrief zu Forderungen nach Rücktritt von Björn Höcke, vom 10.5.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/05/mitgliederbrief-zu-forderungen-nach-ruecktritt-von-bjoern-hoecke/>, abgerufen am 22.8.2015
- ⁷³ AfD Thüringen: Beschluss der AfD-Landtagsfraktion, vom 11.5.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/05/beschluss-der-afd-landtagsfraktion/>, abgerufen am 22.8.2015
- ⁷⁴ Rainer Roeser: AfD-Streit eskaliert, in: blick nach rechts, vom 13.5.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-streit-eskaliert>, abgerufen am 8.8.2015
- ⁷⁵ Dietmar Neuerer: Interview mit AfD-Co-Chefin Petry – „Bernd Lucke hat die Partei schwächer gemacht“, in: Handelsblatt, vom 15.5.2015,

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-mit-afd-co-chefin-petry-die-afd-will-nicht-den-gesamten-rechten-politischen-raum-erobern/11775872-2.html>, abgerufen am 2.9.2015

⁷⁶ MDR: E-Mail aufgetaucht – Neuer Beleg für NPD-Nähe von AfD-Landeschef Höcke, zuletzt aktualisiert am 1. Juni 2015, http://www.mdr.de/nachrichten/afd-hoecke-e-mail100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html, abgerufen am 2.9.2015

⁷⁷ Compact: Petry Heil? „Wir müssen eine echte Volkspartei werden“ Interview mit Björn Höcke, in: Compact, Nr. 8/2015, S. 27 ff.

⁷⁸ Zeit online: Landtag hebt Immunität von AfD-Fraktionschef Höcke auf, vom 3.7.2015, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/alternative-fuer-deutschland-bjoern-hoecke-immunitaet-aufgehoben>, abgerufen am 11.9.2015

⁷⁹ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Möller, Stefan, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81783/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015

⁸⁰ Erfurter Resolution: Weshalb unterstützen Sie die „Erfurter Resolution“, Herr Möller?, vom 15.4.2015, <http://derfluegel.de/weshalb-unterstuetzen-sie-die-erfurter-resolution-herr-moeller/>, abgerufen am 8.8.2015

⁸¹ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Muhsal, Wiebke, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81785/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015

⁸² MDR: Immunität von AfD-Abgeordneter Muhsal aufgehoben, zuletzt aktualisiert am 12.6.2015, <http://www.mdr.de/thueringen/justizausschuss-immunitaet-muhsal-afd100.html>, abgerufen am 8.8.2015

⁸³ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Brandner, Stephan, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81772/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015

⁸⁴ Stephan Brandner: Lebenslauf, http://www.brandner-im-landtag.de/startseite.html#jfmulticontent_c190-2, abgerufen am 3.8.2015

⁸⁵ AfD Kreisverband Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis: Vorstand, <http://afd-gera-jena-shk.de/unser-kreisverband/vorstand/>, abgerufen am 4.8.2015

⁸⁶ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Kießling, Olaf, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81780/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015

- ⁸⁷ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Herold, Corinna, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81776/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015
- ⁸⁸ thuringen-rechtsaussen.net: AfD-Landtagsabgeordnete Herold mit Lob für Neonazis und Gewaltphantasien, vom 7.8.2015, <https://thuringenrechtsaussen.wordpress.com/2015/08/07/afd-landtagsabgeordnete-herold-mit-lob-fur-neonazis-und-gewaltphantasien/>, abgerufen am 22.8.2015
- ⁸⁹ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Henke, Jörg, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81775/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015
- ⁹⁰ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Rudy, Thomas, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81786/index.aspx>, abgerufen am 3.8.2015
- ⁹¹ Konrad Litschko: Die AfD arbeitet am Image – Derbe Töne, in: taz.de, vom 10.9.2014, <http://www.taz.de/!5033523/>, abgerufen am 26.8.2015
- ⁹² Erfurter Resolution: 7. Unterzeichnerliste: Thüringen, vom 27.3.2015, <http://derfluegel.de/7-unterzeichnerliste-thueringen/>, abgerufen am 4.8.2015
- ⁹³ Deutschland-Resolution: Erstunterzeichner, <http://deutschland-resolution.de/erstunterzeichner/>, abgerufen am 4.8.2015
- ⁹⁴ Deutschland-Resolution: Siegfried Gentele (MdL Thüringen) zur Deutschland-Resolution, vom 30.3.2015, <http://deutschland-resolution.de/siegfried-gentele-mdl-thueringen-zur-deutschland-resolution/>, abgerufen am 5.8.2015
- ⁹⁵ Deutschland-Resolution: Oskar Helmerich, Stimme der Vernunft aus Thüringen!, vom 1.4.2015, <http://deutschland-resolution.de/oskar-helmerich-stimme-der-vernunft-aus-thueringen/>, abgerufen am 5.8.2015
- ⁹⁶ Deutschland-Resolution: Statement von Jens Krumpe (MdL Thüringen), vom 7.4.2015, <http://deutschland-resolution.de/statement-von-jens-krumpe-mdl-thueringen/>, abgerufen am 5.8.2015
- ⁹⁷ zitiert nach: Rainer Roeser: Spalter und Intimfeinde, in: blick nach rechts, vom 29.5.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/spalter-und-intimfeinde>, abgerufen am 8.8.2015
- ⁹⁸ Martin Debes: Durchgefallen, in: Thüringer Allgemeine, vom 18.5.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/blogs/debes-zwischenruf/-/blogs/durchgefallen>, 27.8.2015

- ⁹⁹ Thüringer Landtag: Abgeordnete – Gentele, Siegfried, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81773/index.aspx>, abgerufen am 4.8.2015
- ¹⁰⁰ MDR: AfD wirft Abgeordneten Gentele aus der Fraktion, zuletzt aktualisiert am 15.4.2015, <http://www.mdr.de/thueringen/afd-siegfried-gentele100.html>, abgerufen am 5.8.2015
- ¹⁰¹ Martin Debes: Landtagsabgeordneter vollzieht Austritt aus AfD, in: Thüringer Allgemeine, vom 7.7.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Landtagsabgeordneter-vollzieht-Austritt-aus-AfD-1620585270>, abgerufen am 5.8.2015
- ¹⁰² Thüringer Landtag: Abgeordnete – Helmerich, Oskar, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81774/index.aspx>, abgerufen am 4.8.2015
- ¹⁰³ Martin Debes: Abgeordneter Helmerich tritt aus Thüringer AfD-Fraktion aus, in: Thüringer Allgemeine, vom 23.5.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Abgeordneter-Helmerich-tritt-aus-Thueringer-AfD-Fraktion-aus-2077107045>, abgerufen am 8.8.2015
- ¹⁰⁴ insuedthuringen.de: Zwei Abgeordnete in Thüringen aus AfD ausgetreten, vom 10.7.2015, <http://www.insuedthuringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Zwei-Abgeordnete-in-Thueringen-aus-AfD-ausgetreten;art83467,4204640>, abgerufen am 8.8.2015
- ¹⁰⁵ Thüringer Landtag: Krumpe, Jens, <http://www.thueringer-landtag.de/landtag/abgeordnete-und-fraktionen/abgeordnete/biografien/daten/81781/index.aspx>, abgerufen am 4.8.2015
- ¹⁰⁶ insuedthuringen.de: AfD-Fraktion verliert weiteren Abgeordneten: Krumpe tritt aus, vom 29.5.2015, <http://www.insuedthuringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/AfD-Fraktion-verliert-weiteren-Abgeordneten-Krumpe-tritt-aus;art83467,4115216>, abgerufen am 8.8.2015
- ¹⁰⁷ insuedthuringen.de: Zwei Abgeordnete in Thüringen aus AfD ausgetreten, vom 10.7.2015, <http://www.insuedthuringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Zwei-Abgeordnete-in-Thueringen-aus-AfD-ausgetreten;art83467,4204640>, abgerufen am 8.8.2015
- ¹⁰⁸ Alle biografischen Angaben zu den Vorstandsmitgliedern, soweit nicht ausdrücklich anders angegeben, laut: <http://afd-thueringen.de/vorstand/>, abgerufen am 2.8.2015

- ¹⁰⁹ AfD Kreisverband Mittelthüringen: Kreistagsmitglieder Weimarer Land, <http://afd-mittelthueringen.de/kommunalwahl-2014-weimarer-land/>, abgerufen am 25.7.2015
- ¹¹⁰ Politically Incorrect, <http://www.pi-news.net/>, abgerufen am 11.9.2015
- ¹¹¹ Prabels Blog, <http://www.prabelsblog.de/>, abgerufen am 27.7.2015
- ¹¹² AfD Kreisverband Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis: Vorstand, <http://afd-gera-jena-shk.de/unser-kreisverband/vorstand/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹³ AfD Kreisverband Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis: Gründung des Kreisverbandes Jena-Gera-Saale-Holzland-Kreis, vom 30.1.2014, <http://afd-gera-jena-shk.de/2014/01/30/gruendung-des-kreisverbandes-jena-gera-saale-holzland-kreis/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹⁴ AfD Kreisverband Greiz-Altenburg: Über Uns, <http://afd-greiz-altenburg.de/ueberuns/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹⁵ AfD Kreisverband Greiz-Altenburg: Bericht vom Kreisparteitag am 30.5.15 in Ronneburg, vom 31.5.2015, <http://afd-greiz-altenburg.de/2015/05/31/bericht-vom-kreisparteitag-am-30-05-15-in-ronneburg/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹⁶ AfD Kreisverband Greiz-Altenburg: Unsere Internetseite des Kreisverbandes Greiz _ Altenburg ist wieder online, vom 13.8.2014, http://afd-greiz-altenburg.de/2014/08/13/unsere-internetseite-des-kreisverbandes-greiz_-altenburg-ist-wieder-online/, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹⁷ AfD Kreisverband Greiz-Altenburg Land: Konservativer Arbeitskreis, vom 10.12.2014, <http://afd-greiz-altenburg.de/2014/12/10/konservativer-arbeitskreis/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹⁸ AfD Kreisverband Ilmkreis-Gotha: Vorstand, <http://afd-ilmkreis-gotha.de/vorstand/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹¹⁹ AfD Kreisverband Ilmkreis-Gotha: MdL-Bürgerbüro von Olaf Kießling eröffnet/ Zahlreiche Gratulanten kamen/Auch Fraktionschef Björn Höcke gratulierte persönlich, vom 30.11.2014, <http://afd-ilmkreis-gotha.de/2014/11/30/mdl-buergerbuero-von-olaf-kiessling-eroeffnet-zahlreiche-gratulanten-kamen-auch-fraktionschef-bjoern-hoecke-gratulierte-persoendlich/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹²⁰ AfD Kreisverband Ilmkreis-Gotha: Kreisverband Ilmkreis-Gotha erfolgreich gegründet, vom 1.7.2013, <http://afd-ilmkreis-gotha.de/2013/07/01/kreisverband-ilmkreis-gotha-erfolgreich-gegrundet/>, abgerufen am 1.8.2015

- ¹²¹ Art. 20, Abs. 4 GG: „(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“
- ¹²² AfD Kreisverband Ilmkreis-Gotha: AfD-Mitglieder des KV Ilmkreis-Gotha nahmen an Dresdner Pegida-Demo teil, vom 16.12.2014, <http://afd-ilmkreis-gotha.de/2014/12/16/afd-mitglieder-des-kv-ilmkreis-gotha-nahmen-an-dresdner-pegida-demo-teil/>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹²³ AfD Kreisverband Ilmkreis-Gotha (Hrsg.): Der Aufbruch, <http://afd-ilmkreis-gotha.de/wp-content/uploads/sites/3/2015/03/2015-04-15-der-aufbruch-ausgabe-1-2015.pdf>, abgerufen am 1.8.2015
- ¹²⁴ AfD Kreisverband Nordhausen – Eichsfeld – Mühlhausen: Grundsatzprogramm, <http://afd-nem.de/grundsatzprogramm/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹²⁵ AfD Kreisverband Nordhausen – Eichsfeld – Mühlhausen: Erfolgreiche Gründung des AfD Kreisverbandes Nordhausen – Eichsfeld – Mühlhausen, vom 17.11.2013, <http://afd-thueringen.de/2013/11/erfolgreiche-gruendung-des-afd-kreisverbandes-nordhausen-eichsfeld-muehlhausen/>, abgerufen am 22.8.2015
- ¹²⁶ AfD Kreisverband Nordhausen – Eichsfeld – Mühlhausen: Worte zum Jahreswechsel, vom 2.1.2015, <http://afd-nem.de/2015/01/02/worte-zum-jahreswechsel/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹²⁷ AfD Kreisverband Mittelthüringen: Der Kreisvorstand, <http://afd-mittelthueringen.de/der-kreisverband/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹²⁸ AfD Kreisverband Süd-Ost-Thüringen: Ihr Abgeordneter vor Ort, <http://afd-sued-ost-thueringen.de/unser-kreisverband/ihr-abgeordneter-vor-ort/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹²⁹ AfD Kreisverband Süd-Ost-Thüringen: Vorstand, <http://afd-sued-ost-thueringen.de/unser-kreisverband/vorstand/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁰ AfD Kreisverband Süd-Ost-Thüringen: Gründung der AfD Süd-Ost-Thüringen/Aufruf zur Mitarbeit, vom 21.2.2014, <http://afd-sued-ost-thueringen.de/2014/02/21/gruendung-der-afd-sued-ost-thueringen-aufruf-zur-mitarbeit/>, abgerufen am 2.8.2015

- ¹³¹ AfD Kreisverband Südthüringen: Vorstand, <http://afd-suedthueringen.de/vorstand-2/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³² AfD Kreisverband Südthüringen: Zusammenfassung zur Mitgliederversammlung am 29.5.2015, vom 30.5.2015 <http://afd-suedthueringen.de/2015/05/30/zusammenfassung-zur-mitgliederversammlung-am-29-5-2015/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³³ AfD Kreisverband Südthüringen: Ihr Abgeordneter vor Ort, <http://afd-suedthueringen.de/abgeordnetenbuero/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁴ AfD Kreisverband Südthüringen: Mitteilung an alle Mitglieder, Förderer, Freunde und Interessenten, vom 29.1.2015, <http://afd-suedthueringen.de/2015/01/29/mitteilung-an-alle-mitglieder-foerderer-freunde-und-interessenten/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁵ AfD Kreisverband Südthüringen: AfD-Kreisvorstand zur Rede von Heiko Bernardy zur Sügida, vom 27.1.2015, <http://afd-suedthueringen.de/2015/01/27/afd-kreisvorstand-zur-rede-von-heiko-bernardy-zur-suegida/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁶ AfD Kreisverband Südthüringen: „Was nur machen mit Pegida?“ – Ein Kommentar, vom 14.12.2014, <http://afd-suedthueringen.de/2014/12/14/was-nur-machen-mit-pegida-ein-kommentar/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁷ AfD Kreisverband Westthüringen: Vorstand, <http://afd-westthueringen.de/vorstand/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁸ AfD Kreisverband Westthüringen: Bürgerbüro der AfD in Eisenach!, vom 4.2.2015, <http://afd-westthueringen.de/2015/02/04/buergerbuero-der-afd-in-eisenach/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹³⁹ AfD Kreisverband Westthüringen: Die Bürgerbewegung ist jetzt auch im Wartburgkreis und der Stadt Eisenach präsent, vom 5.4.2014, <http://afd-westthueringen.de/2014/04/05/die-buergerbewegung-ist-jetzt-auch-in-eisenach-wartburgkreis-und-unstruth-hainich-kreis-praesent/>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹⁴⁰ AfD Kreisverband Westthüringen: Kreismitgliederversammlung des KV Westthüringen unterstützt den von Heike Rothe, Mitglied des AfD-Landesvorstandes, gestellten Antrag auf Parteiausschluss von Siegfried Gentele, Oskar Helmerich und Jens Krumpe, vom 23.6.2015, <http://afd-westthueringen.de/2015/06/23/kreismitgliederversammlung-des-kv-westthueringen-unterstuetzt-den-von-heike-rothe-mitglied-des-afd-landes-vorstandes-gestellten-antrag-auf-parteiausschluss-von-siegfried-gentele-oskar-helmerich-und/>, abgerufen am 2.8.2015

- ¹⁴¹ Junge Alternative Thüringen: AfD-Landesparteitag einstimmig für Junge Alternative, vom 17.3.2015, <https://www.facebook.com/jungealternativethueringen/photos/a.1400672526870309.1073741828.1380928688844693/1563809927223234/?type=1>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹⁴² Junge Alternative Thüringen: Vorstandswahlen der Jungen Alternative Thüringen, vom 26.7.2015, <http://ja-thueringen.org/vorstandswahlen-der-jungen-alternative-thueringen-wiebke-muhsal-ist-neue-vorsitzende/> und: Junge Alternative Thüringen: Vorstandswahlen – Junge Alternative Thüringen gut aufgestellt, vom 18.7.2015, <https://www.facebook.com/jungealternativethueringen/photos/a.1400672526870309.1073741828.1380928688844693/1615668772037349/?type=1>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹⁴³ Björn Höcke: Neuwahl des JA-Landesvorstands an historischem Ort, vom 18.7.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591.1073741828.1424631334444815/1592497194324894/?type=1&fref=nf>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹⁴⁴ Junge Alternative Thüringen: Gestern war ein erfolgreicher Tag für uns, vom 17.11.2014, <https://www.facebook.com/jungealternativethueringen/posts/1501144886823072>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹⁴⁵ Junge Alternative Thüringen: Es gibt erfreuliche Nachrichten vom JA-Bundeskongress in Bottrop, vom 11.1.2015, <https://www.facebook.com/jungealternativethueringen/posts/1532516793685881>, abgerufen am 2.8.2015
- ¹⁴⁶ Rainer Roeser: Die AfD vor dem Show-down, in: blick nach rechts, vom 20.5.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/die-afd-vor-dem-show-down>, abgerufen am 11.9.2015
- ¹⁴⁷ AfD Thüringen: AfD fordert klassische Familie als gesellschaftliches Leitbild – Nein zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, vom 27.5.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/05/afd-fordert-klassische-familie-als-gesellschaftliches-leitbild-nein-zur-ehe-fuer-gleichgeschlechtliche-paare/>, abgerufen am 22.8.2015
- ¹⁴⁸ MDR: Rot-Rot-Grün schafft Landeserziehungsgeld ab, zuletzt aktualisiert am 17.6.2015, <http://www.mdr.de/thueringen/thueringen-landtag-erziehungsgeld-abgeschafft100.html>, abgerufen am 31.8.2015
- ¹⁴⁹ AfD Thüringen: PM AfD-Fraktion: Landeserziehungsgeld: Rot-Rot-Grün setzt auf staatliche Bevormundung – Kostenfreies Kita-Jahr nutzt nur Besserverdienenden, vom 10.1.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/pm-afd-fraktion-landeserziehungsgeld-rot-rot-gruen-setzt-auf-staatliche-bevormundung-kostenfreies-kita-jahr-nutzt-nur-besserverdienenden/>, abgerufen am 31.8.2015

- ¹⁵⁰ AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: AfD: Beauftragte für Gleichstellung, Ausländer und Generationen abschaffen, vom 23.3.2015, <http://afd-thl.de/2015/03/23/afd-beauftragte-fuer-gleichstellung-auslaender-und-generationen-abschaffen/>, abgerufen am 22.8.2015
- ¹⁵¹ AfD Thüringen: Ramelow verletzt Neutralitätspflicht: Regenbogenfahne unangemessen, vom 12.6.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/06/ramelow-verletzt-neutralitaetspflicht-regenbogenfahne-unangemessen/>, abgerufen am 23.8.2015
- ¹⁵² AfD Thüringen: Höcke: Thüringen wird zum Experimentierfeld linker Menscheitsbeglückungsphantasien, vom 23.6.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/06/hoecke-thueringen-wird-zum-experimentierfeld-linker-menscheitsbeglueckungsphantasien/>, abgerufen am 22.8.2015
- ¹⁵³ Björn Höcke: 51 % für die AfD = 100 % Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern, vom 21.8.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591.1073741828.1424631334444815/1606536326254314/?type=1>, abgerufen am 21.8.2015
- ¹⁵⁴ Björn Höcke: Wenn es Europa nicht gelingt..., vom 27.8.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591.1073741828.1424631334444815/1609156945992252/?type=1>, abgerufen am 27.8.2015
- ¹⁵⁵ AfD Thüringen: Positionspapier der AfD-Fraktion zur Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik, vom 26.6.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/06/positionspapier-der-afd-fraktion-zur-fluechtlings-asyl-und-einwanderungspolitik/>, abgerufen am 2.9.2015
- ¹⁵⁶ Der temporäre Abschiebestopp, erlassen am 9. Dezember 2014, betraf Flüchtlinge aus 15 Staaten: Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Pakistan, Russland, Serbien, Türkei, Ukraine. Begründet wurde er damit, dass nicht gewährleistet werden könne, „dass bei Rückführungen [...] aufgrund der dort herrschenden winterlichen klimatischen Verhältnisse Betroffene bei Rückkehr in allen Landesteilen eine Aufnahme in Sicherheit und Würde erwartet“.
- ¹⁵⁷ AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: AfD klagt gegen Abschiebestopp, vom 5.3.2015, <http://afd-thl.de/2015/03/05/afd-klagt-gegen-abschiebestopp/>, abgerufen am 2.9.2015
- ¹⁵⁸ Karl Albrecht Schachtschneider: Winterabschiebeaussetzung im Freistaat Thüringen – Gutachterliche Stellungnahme für die Fraktion der Alternative für Deutschland

im Thüringer Landtag, vom 22.2.2015, <http://afd-thl.de/wp-content/uploads/sites/14/2015/03/GUTACHTEN-SCHACHTSCHNEIDER-WINTERABSCHIEBESTOPP.pdf>, abgerufen am 2.9.2015

¹⁵⁹ AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: Religiösen Extremismus bekämpfen, vom 9.7.2015, <http://afd-thl.de/2015/07/09/religioesen-extremismus-bekaempfen/>, abgerufen am 2.9.2015

¹⁶⁰ Martin Debes: Muslimische Gesänge im Thüringer Landtag, in: Thüringer Allgemeine, vom 9.7.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Muslimische-Gesaenge-im-Thueringer-Landtag-1060143831>, abgerufen am 2.9.2015

¹⁶¹ AfD Thüringen: Möller: Islam gehört nicht zu Thüringen, vom 16.3.2015, <http://afd-thuringen.de/2015/03/moeller-islam-gehoert-nicht-zu-thuringen/>, abgerufen am 22.8.2015

¹⁶² AfD Thüringen: AfD-Abgeordnete bei Pegida und Gegendemo, vom 13.1.2015, <http://afd-thuringen.de/2015/01/afd-abgeordnete-bei-pegida-und-gegendemo/>, abgerufen am 23.8.2015

¹⁶³ Stephan Brandner: Pressemitteilung: Keine Angst vor Pegida!, <http://www.brandner-im-landtag.de/artikel/pressemitteilung-keine-angst-vor-pegida.html>, abgerufen am 22.8.2015

¹⁶⁴ Götz Kubitschek: „Glücklich der Staat, der solche Bürger hat!“ – AfD-Landeschef Björn Höcke im Gespräch über die Pegida, in: Sezession im Netz, vom 19.12.2014, <http://www.sezession.de/47597/gluecklich-der-staat-der-solche-buerger-hat-afd-landeschef-bjoern-hoecke-im-gespraech-ueber-die-pegida.html/2>, abgerufen am 23.8.2015

¹⁶⁵ AfD Thüringen: Höcke: Merkel wendet sich in Neujahrsansprache gegen das eigene Volk, vom 2.1.2015, <http://afd-thuringen.de/2015/01/hoecke-merkel-wendet-sich-in-neujahrsansprache-gegen-das-eigene-volk/>, abgerufen am 23.8.2015

¹⁶⁶ AfD-Kreisverband Südthüringen: Mitteilung an alle Mitglieder, Förderer, Freunde und Interessenten, vom 29.1.2015, <http://afd-suedthuringen.de/2015/01/29/mitteilung-an-alle-mitglieder-foerderer-freunde-und-interessenten/>, abgerufen am 22.8.2015

¹⁶⁷ AfD-Kreisverband Südthüringen: AfD-Kreisvorstand zur Rede von Heiko Bernardy zur Sügida, vom 27.1.2015, <http://afd-suedthuringen.de/2015/01/27/afd-kreisvorstand-zur-rede-von-heiko-bernardy-zur-suegida/>, abgerufen am 22.8.2015

- ¹⁶⁸ AfD Thüringen: Stellungnahme von Corinna Herold zur Teilnahme ihres Wahlkreismitarbeiters an Sügida, vom 28.1.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/stellungnahme-von-corinna-herold-zur-teilnahme-ihres-wahlkreismitarbeiters-an-suegida/>, abgerufen am 23.8.2015
- ¹⁶⁹ AfD-Kreisverband Südthüringen: Mitteilung des Kreisvorstandes zum Rücktritt von Heiko Bernardy, vom 8.2.2015, <http://afd-suedthueringen.de/2015/02/08/mitteilung-des-kreisvorstandes-zum-ruecktritt-von-heiko-bernardy/>, abgerufen am 22.8.2015
- ¹⁷⁰ Zitiert nach: „Der Aufbruch – Infomagazin für AfD-Mitglieder, Förderer, Freunde und interessierte Leser“, Ausgabe 1, 2015, S. 3
- ¹⁷¹ Antje Lauschner: Knigge nicht glücklich: AfD darf Kranz in Buchenwald niederlegen, in: Thüringer Allgemeine, vom 23.1.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Knigge-nicht-gluecklich-AfD-darf-Kranz-in-Buchenwald-niederlegen-733371572>, abgerufen am 3.9.2015
- ¹⁷² Sabine Brand/Gerlinde Sommer: AfD-Kranz als „Verhöhnung der Millionen Opfer des Nationalsozialismus“, in: Thüringische Landeszeitung, vom 22.1.2015, <http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/AfD-Kranz-als-Verhoehnung-der-Millionen-Opfer-des-Nationalsozialismus-38573109>, abgerufen am 3.9.2015
- ¹⁷³ MDR: Holocaust-Gedenken in Buchenwald – AfD reicht dritten Textvorschlag für Gedenkkranz ein, zuletzt aktualisiert am 23.1.2015, http://www.mdr.de/nachrichten/gedenkstaette_buchenwald_afd_kranz100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html, abgerufen am 3.9.2015
- ¹⁷⁴ AfD Thüringen: Stellungnahme der AfD-Fraktion zur Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald, vom 21.1.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/01/stellungnahme-der-afd-fraktion-zur-kranzniederlegung-in-der-gedenkstaette-buchenwald/>, abgerufen am 22.8.2015
- ¹⁷⁵ Zitiert nach: Antje Lauschner: Knigge nicht glücklich: AfD darf Kranz in Buchenwald niederlegen, in: Thüringer Allgemeine, vom 23.1.2015, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Knigge-nicht-gluecklich-AfD-darf-Kranz-in-Buchenwald-niederlegen-733371572>, abgerufen am 3.9.2015
- ¹⁷⁶ AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: Der „Kranzskandal“ oder warum der Reflex und die Hysterie nicht über den gesunden Menschenverstand siegen dürfen, vom 23.1.2015, <http://afd-thl.de/2015/01/23/der-kranzskandal-oder-warum-der-reflex-und-die-hysterie-nicht-ueber-den-gesunden-menschenverstand-siegen-duerfen/>, abgerufen am 22.8.2015

- ¹⁷⁷ Björn Höcke: „(...) – wegen Hitler!“, vom 29.8.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591.1073741828.1424631334444815/1609672709274009/?type=1>, abgerufen am 3.9.2015
- ¹⁷⁸ Diese Aussage ist insofern bemerkenswert, als dass sie inhaltliche Übereinstimmungen mit einer Parole aufweist, die regelmäßig auf Pegida-Aufmärschen sowie auf Demonstrationen der rechten Hooliganszene („Hooligans gegen Salafisten“ und „Gemeinsam stark Deutschland“) skandiert wird und welche lautet: „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“
- ¹⁷⁹ AfD Thüringen: Keine Gedenktagsinflation in Thüringen!, vom 4.9.2015, <http://afd-thueringen.de/2015/09/keine-gedenktagsinflation-in-thueringen-2/>, abgerufen am 11.9.2015
- ¹⁸⁰ Rainer Roeser: Barbarossas Geist für die AfD, in: blick nach rechts, vom 4.6.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/barbarossas-geist-f-r-die-afd>, abgerufen am 15.8.2015
- ¹⁸¹ ZDF Frontal21: Manuskript Beitrag: Showdown in der AfD – Kampf um den rechten Kurs, Sendung vom 2. Juni 2015, <http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/38715108/2/data.pdf>, abgerufen am 3.9.2015
- ¹⁸² zitiert nach: Rainer Roeser: Barbarossas Geist für die AfD, in: blick nach rechts, vom 4.6.2015, <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/barbarossas-geist-f-r-die-afd>, abgerufen am 15.8.2015
- ¹⁸³ Vgl. Felix Korsch: „Natürliche Verbündete“? Die Pegida-Debatte in der AfD zwischen Anziehung und Ablehnung, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Die „Alternative für Deutschland“ – Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2015 (i. E.).
- ¹⁸⁴ Genauer hierzu s. Alexander Häusler: Die AfD. Partei des rechten Wutbürgertums am Scheideweg, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Expertisen für Demokratie 1/2015
- ¹⁸⁵ Inken Behrmann: D-Mark, Familie, Vaterland: Die AfD nach Lucke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2015, S. 100
- ¹⁸⁶ Björn Höcke, Facebookeintrag, vom 27.8.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD?fref=nf>, abgerufen am 30.8.2015. (Der Hinweis auf Australiens Flüchtlingspolitik ist dahingehend zu verstehen, dass die australische Regierung eine äußerst rigide und inhumane Flüchtlingspolitik betreibt – unter anderem mit gefängnisähnlichen Flüchtlingslagern, die auf Pazifikinseln errichtet worden sind.)

- ¹⁸⁷ Abschottung. AfD-Vize lobt Ungarns Grenzzaun, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-afd-vize-gauland-begruesst-ungarns-grenzzaun-a-1048633-druck.html>, abgerufen am 18.8.2015
- ¹⁸⁸ <http://www.sezession.de/51323/ansturm-auf-europa-herbstkongress-in-schnellroda-im-november.html#more-51323>, abgerufen am 15.9.2015
- ¹⁸⁹ Vgl. Gideon Botsch 2012, a.a.O., S. 91
- ¹⁹⁰ Björn Höcke: Rede auf der Demonstration in Erfurt „Gegen den Asylwahnsinn“, vom 16.9.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=UVIpvMxCdIk>, abgerufen am 28.9.2015
- ¹⁹¹ Ebd.
- ¹⁹² Björn Höcke: Facebook-Eintrag vom 28.9.2015, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD?fref=ts>, abgerufen am 29.9.2015
- ¹⁹³ Björn Höcke: Grundsatzrede am 26.9.2015 zur Politik und Strategie der AfD in Berlin, <https://www.youtube.com/watch?v=b-wy4ly1vBA>, abgerufen am 29.9.2015
- ¹⁹⁴ Ebd.
- ¹⁹⁵ Ebd.
- ¹⁹⁶ Frauke Petry: Glückwünsche nach Österreich! Grandioser Wahlsieg der FPÖ, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/1010251042338568>, abgerufen am 29.9.2015
- ¹⁹⁷ Marcus Pretzell: Politisches Beben zur rechten Zeit, AfD online, vom 27.9.2015, <http://www.alternativefuer.de/pretzell-politisches-beben-zur-rechten-zeit/>, abgerufen am 29.9.2015
- ¹⁹⁸ Alexander Häusler: Rechtsextremismus und interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft, in: Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2009; Vera Hensßler/Ulrich Overdieck: Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus, Berlin 2014, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
- ¹⁹⁹ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin: Wi(e)dersprechen, http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2015/07/mbr_Broschuere_AfD_web.pdf, abgerufen am 1.9.2015

²⁰⁰ Verdi/ Rassismus und Rechtsextremismus/Zentraler Arbeitskreis: AfD ist keine Alternative, Berlin 2015, <https://zako.verdi.de/themen/++co++0e36ff5c-bbf4-11e4-9121-525400248a66>, abgerufen am 1.8.2015

Die Autoren

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf.

Rainer Roeser ist freiberuflicher Journalist und arbeitet für das Internetportal „Blick nach rechts“.



Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Thüringen
Nonnengasse 11 • 99084 Erfurt

Verantwortlich:

Eva Nagler • Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Thüringen

Lektorat: Jens Kreibaum

Gestaltung und Satz: Felix Wilhelm

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet
mit dem blauen Umweltengel

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Thüringen

Jede Form der Wiedergabe oder Vervielfältigung, auch auszugsweise,
erfordert die schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ISBN: 978-3-95861-322-5

© 2015 Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Thüringen
www.fes-thueringen.de



ISBN 978-3-95861-322-5

©2015 Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Thüringen

www.fes-thueringen.de